



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

38. JAHRGANG

DEZEMBER 1986

NUMMER 4

Nach der Wahl: Österreich über alles!

In den acht Wahlkampfwochen vor dem 23. November 1986 lauteten alle Prognosen der Meinungsforscher auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen von SPÖ und ÖVP, eine Wiederbekräftigung der angeblich erneuerten FPÖ auf etwa 5 Prozent der Wahlstimmen wurde als möglich angesehen, und die Grünen sollten durch Zermessenheit nur wenige Chancen auf Mandate haben. Die Stimmenzahlen der vier Bundespräsidentenwahlkandidaten im ersten Wahlgang verleiteten zu Erwartungen und Voraussagen für Stimmen in annähernd gleicher Höhe für die vier Parteien bei den so kurz darauffolgenden Nationalratswahlen. Die Teilnahme der Bevölkerung an den Wahlversammlungen hielt sich vorerst in Grenzen, bis in den letzten zwei Wochen ein wachsender Zustrom zu den FPÖ-Kundgebungen mit Dr. Jörg Haider auffiel. Dieser neue Bundesobmann einer erfolglosen und noch amtierenden Regierungspartei trat als Oppositionsführer auf die Podien, der alles Übel im Staate Österreich den beiden großen „alten“ Parteien anlastete. In den verbleibenden wenigen Tagen des Wahlkampfes konnte die ÖVP als ech-

te Oppositionspartei dem auftretenden „Haider-Effekt“ in den westlichen Bundesländern anscheinend nicht mehr wirksam entgegenzutreten.

Am Wahltag verblüfften und schockierten die einlaufenden Wahlergebnisse. Besonders in Vorarlberg, Salzburg, Tirol und im steirischen Industriegebiet verzeichnete die „neue“ FPÖ bedeutenden Stimmenzuwachs und schwächte beide Großparteien empfindlich. In Niederösterreich blieb der FPÖ-Stimmenanteil weiterhin bei hoher Wahlbeteiligung in bescheidenen Grenzen. In Wien sank die Wahlbeteiligung auffallend stark um etwa 10 Prozent, die Stimmenverluste der beiden großen Parteien blieben jedoch in einem erträglichen Ausmaß. Für

ganz Österreich verdoppelte die FPÖ fast die Zahl der 1983 erhaltenen Stimmen, die Grünen erzielten, erstmals auftretend, einen beachtlichen Erfolg. Die prozentmäßigen Stimmenanteile ergaben schließlich: SPÖ ... 43,13%, ÖVP ... 41,29%, FPÖ ... 9,73%, Grüne ... 4,82%. Der Mandatsstand im neuen Nationalrat beträgt somit: SPÖ ... 80 (bisher 90), ÖVP ... 77 (bisher 81), FPÖ ... 18 (bisher 12) und Grüne ... 8 (bisher 0). Auf diesen Wahlausgang war wirklich niemand vorbereitet und gefaßt. Die Wahlziele der beiden Großparteien waren nicht erreicht worden, und ihre Wahlergebnisse konnten nur schwerlich als Erfolge und gar Wahlsiege bezeichnet und gefeiert werden.

Ein gesegnetes
Weihnachtsfest
und ein
zufriedenes Jahr 1987



Sperre des Sekretariats

Das Sekretariat des Landesverbandes Wien und des Bundesverbandes in Wien 8, Laudongasse 16, bleibt in der Zeit vom 23. Dezember 1986 bis einschließlich 7. Jänner 1987 geschlossen.

wünschen
allen Kameraden, Förderern und Lesern
das Kuratorium
sowie
Redaktion und Verwaltung
des „Freiheitskämpfers“

Nicht „Kopf ab!“, sondern „Kopf hoch!“ soll es heißen und einen Weg aus dem Debakel zu finden, das ist nun die Sorge und Pflicht der obersten Verantwortungsträger in den beiden Großparteien! Der Ruf zur „Wende“ ist aus dem Volks- und Wählerwillen klar erkennbar und fordert zur Zusammenarbeit auf breiter Basis auf. Ob auch eine „zweite“ Basis gefordert wird, ist nicht sicher interpretierbar. Der Wille der kleinen politischen Parteien, zum allgemeinen Besten und zum

Wohle der noch ausbaubedürftigen Demokratie offiziell wirksam zu werden, bedarf erst einmal eines schlüssigen Beweises und nicht bloß eines Lippenbekenntnisses. Es ist bereits „5 vor 12 Uhr“ am Wahltag gewesen und viel kommt noch auf uns zu, das zu bewältigen und als Last erträglich und gerecht zu verteilen sein wird! „Österreich über alles!“ muß wieder wie 1945 allen Erwägungen vorangehen, bevor ein zu gewagtes Experiment in Angriff genommen wird! -JW-

BVA – Behandlungsbeitrag

Inhaber einer Amtsbescheinigung nach dem Opferfürsorgegesetz, die als Bundesbeamte bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) versichert sind, sollen eine Kopie ihrer Amtsbescheinigung bei ihrer zuständigen Landesgeschäftsstelle der BVA abgeben, um vom Behand-

lungsbeitrag für Arzthilfe befreit zu werden. Für mitversicherte Angehörige, die selbst keine Amtsbescheinigung haben, gilt diese Befreiung nicht. Gesetzliche Grundlagen dieser Befreiung vom Behandlungsbeitrag ist § 12 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes: „Alle Träger der Krankenversicherung

haben den Inhabern einer Amtsbescheinigung... die Leistungen in dem Umfang zu gewähren, in dem sie einem bei der örtlich zuständigen Gebietskrankenkasse Pflichtversicherten auf Grund des Gesetzes und der Satzung zustehen, sofern sie die Leistungen übersteigen, die der zuständige Träger der Krankenversicherung nach den für ihn geltenden Vorschriften zu erbringen hätte...“

Die Gebietskrankenkassen können keinen Behandlungsbeitrag oder eine Form eines Selbstbehaltes, so daß auch die BVA von Bundesbediensteten mit Amtsbescheinigung keinen Behandlungsbeitrag einhebt. Die BVA muß dies aber erst vom Inhaber einer Amtsbescheinigung zur Kenntnis bekommen und vormerken! Dasselbe gilt auch für andere gesetzliche Krankenversicherungsanstalten, die einen Selbstbehalt oder Behandlungsbeitrag einheben.

Invalideneinstellungsgesetz – Geltungsdauer verlängern!

Eine Verfassungsbestimmung im Artikel I des Invalideneinstellungsgesetzes (IEinstG) bestimmt, daß Gesetzgebung und Vollziehung in diesen Angelegenheiten Bundessache bis 31. Dezember 1989 sind. Eine einfache Gesetzesbestimmung im § 24 IEinstG bestimmt ferner, daß das ganze Gesetz mit Ablauf des 31. Dezember 1989 außer Kraft tritt. In der kommenden Gesetzgebungsperiode läuft also dieses auch für die NS-Opfer wichtige Gesetz aus, sofern nicht rechtzeitig die Verlän-

gerung des immer noch sehr aktuellen Gesetzes im Nationalrat beschlossen wird. Der Übergang dieser Materie in die Kompetenz der Länder würde sicher eine Lücke ergeben und vielleicht vieles daraus in Frage stellen. Das Gesetz verpflichtet Unternehmungen zur Einstellung von Kriegsinvaliden, NS-Opfern, Bundesheerinvaliden und Zivilversehrten und regelt Zuschüsse und Prämien an Unternehmungen. Wer keine solche Versehrte mit 50 Prozent und mehr Invalidität

einstellen will, zahlt an den Ausgleichsfonds ein. Die Zahl der begünstigten Personen hat sich inzwischen sehr verringert. Die Ausgaben des Bundesministeriums für soziale Verwaltung für „geschützte Arbeitsplätze und Werkstätten“ sind vorbildliche Leistungen für Behinderte und noch auszubauen. Die Hilfe in Notfällen vom Ausgleichsfonds soll auch möglich bleiben! Appellieren wir an unsere Parlamentarier rechtzeitig! -JW-

Landesverband Steiermark

Generalversammlung 1986 – Novellierung des OFG

Am 27. 9. 1986 wurde in Graz die Generalversammlung des Landesverbandes Steiermark der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten abgehalten. Bei der Neuwahl des Landesvorstandes wurde Bundesrat a. D. Eduard PUMPERNIG, der auch Bundesobmann der „ÖVP-Kameradschaft“ ist, einstimmig und mit großem Beifall als Landesobmann wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: Prof. Dr. Jaroslav WENKO und GR. Komm.-Rat Alfred GERSTL, zum Kassier OAR Albin SCHOPF, zum Schriftführer Hofrat Dr. Herbert GÖTTL; in die Kontrolle wurden gewählt: Gerhard OZIMIC, Hofrat Dr. Othmar RITTER und OMR Dr. Rudolf WATZINGER, als Beiräte der Landesleitung: NatR. i. R. Hanns VOLLMANN, Insp. Alfred SCHEIDL, Univ.-Prof. Dr. KUBINSKY und Ing. Johann JÖRL.

Der Bundesobmann berichtete aus-

föhrlich über das Opferrecht unter anderem: Auf Grund der Neuwahl des Nationalrates konnte das Parlament die vom Sozialministerium geplante neue Novelle zum Opferfürsorgegesetz nicht mehr verabschieden. Sie wird daher erst im Frühjahr vom neuen Nationalrat beschlossen werden können. Diese Novelle sieht folgende Begünstigungen vor:

1. Die Amtsbescheinigung soll künftig auch allen aktiven Widerstandskämpfern zuerkannt werden.
2. Die Haftzulage soll insbesondere bei den über 70jährigen verbessert werden.
3. Für Polendeportierte soll eine Haftzulage zuerkannt werden.
4. Schließlich soll die Amtsbescheinigung an Hinterbliebene, auch wenn der Tod des Opfers nicht in kausalem Zusammenhang steht, gewährt werden.
5. Weiters wird eine Hinterbliebenen-

versorgung der schuldlos geschiedenen Ehegatten eingeführt.

5. Künftig wird eine Emigrationsentschädigung eingeführt.

6. Aufnahme der Adoptivkinder in alle Bestimmungen des Opferfürsorgegesetzes, soweit es die Kinder betrifft.

7. Ausstellung einer Amtsbescheinigung für alle Personen, die mindestens zwei Jahre zwangsweise angehalten wurden (z. B. im Zigeunerlager Lackenbach) und weiters die Gewährung einer Rentenfürsorge für diese Personen.

8. Zusätzlich soll ins Opferfürsorgegesetz eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach ein Opfer ausweis an Personen mit einer kausalen Minderung der Erwerbstätigkeit von 30 oder 40 Prozent ausgestellt und die entsprechende Opferrente als Rechtsanspruch gewährt wird.

Scharf wandte sich Kamerad PUMPERNIG auch gegen Bestrebungen,

die Sektion IV des Sozialministeriums aufzulösen, jene Sektion, die für die Belange der politisch, rassistisch und aus religiösen Gründen ehemals Verfolgten zuständig ist. Außerdem gehören zu dieser Sektion auch alle Kriegsgespieler (derzeit noch 152.000) und Zivilinvaliden (400.000).

Wie notwendig eine aktive „Kamerad-

schaft der politisch Verfolgten“ sei, zeige auch die in jüngster Zeit starke Zunahme neonazistischer Zeitungen, die nicht nur aus Westdeutschland kommen, sondern auch in Österreich gedruckt werden und oft vor allem den Studenten und den Oberstufen-Gymnasiasten zugesandt bzw. vor den Universitäten und Schulen verteilt werden.

Franz Haul

Unsere Kameradschaft

Aus dem Inferno der Konzentrationslager sind nur wenige Überlebende zurückgekommen. Ein Teil der Soldaten, die den Zweiten Weltkrieg überstanden, haben im Verein mit den politisch Verfolgten und den Häftlingen aus der NS-Zeit in schicksalshafter Verbundenheit den Prüfstein für eine neue Form und Sinngebung christlicher, demokratischer und ethischer Denkungsart geformt. Damit wurde der Grundstein für ein neues, freies Österreich geschaffen und durch Initiativen der Österreichischen Volkspartei unsere Kameradschaft gegründet. So ist nach Ende des Zweiten Weltkrieges die ÖVP-Kameradschaft entstanden, in der Persönlichkeiten integriert waren, die selbst den Leidensweg durch die Gefangenenerlager gegangen sind. Sie alle haben dazu beigetragen, um aus dem Trümmerhaufen Österreich einen Staat des Rechts und der Freiheit zu machen.

Die Märtyrer dieser ungunstigen Zeitepoche sind für uns weiterhin Mahner und Wegweiser für jetzt und die Zukunft, denn ihre fundamentalen Grundsätze gegen den Krieg sind Voraussetzung gewesen für die weltweiten Friedensbewegungen.

Diese Kameradschaft sieht in ihren Bestrebungen die Notwendigkeit, in ihren Zielsetzungen fortzuführen, für Menschenrechte einzutreten und den Terror zu verurteilen.

Unsere Väter haben mit ihrem Blut ein Bollwerk gegen Krieg und Terror errichtet, das auch kommenden Generationen ein Mahnmal bleiben soll.

Nur durch die dauernde Konfrontation mit den Schrecknissen der Vergangenheit kann unsere Jugend verstehen und lernen, was für namenloses Leid und Elend ihre Vorfahren ertragen mußten, bis Österreich wieder frei wurde. Wir alle leben heute auf einem Pulverfaß.

Österreich und andere kleine Staaten haben durch ihre Neutralität eine relative Sicherheit, ohne Aggressions- oder Expansionskriege befürchten zu müssen, unsere Souveränität und Neutralität, die im Staatsvertrag durch

die Signatarmächte verankert und gesichert scheint, gibt uns die Gewähr für eine friedvolle Zukunft.

Wir erinnern uns, als Leopold Figl vom Balkon des Belvedere verkündete: „Österreich ist frei“ und damit die immerwährende Neutralität unterstrich, die uns die Freiheit und den Frieden brachte.

Daß es zum Staatsvertrag kam, waren nicht nur Verdienste der Signatarmächte; auch die Organisationen, Parteien und nicht zuletzt die Widerstandsbewegung und die politisch Verfolgten haben maßgeblich am Zustandekommen dieses Vertragswerkes mitgewirkt. Das Bundesorgan der ÖVP-Kameradschaft „Der Freiheits-

kämpfer“ hat in dankenswerter Weise den Leidensweg der politisch Verfolgten in zahlreichen Publikationen aufgezeigt und das Leben und Sterben dieser unglücklichen Menschen von damals auf Grund von Fakten klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wir sollen diese ausführlichen Berichte nicht nur lesen, sondern in uns aufnehmen und weitergeben, damit dieses Wissen auch bei unserer Jugend halten bleibt. Es wäre undenkbar, die Geschehnisse der Jahre 1938–1945 zu bagatellisieren, zu vergessen oder in den Bereich der Nostalgie abzuschieben. Gerade jetzt zur Weihnachtszeit erfüllt uns der Gedanke, der besagt, weiterzuarbeiten im Geiste unserer Gesinnung, der kameradschaftlichen Verbundenheit und Interessengemeinschaft, um künftige Einglesungen rechtzeitig zu erkennen und hintanzuhalten.

Natürlich können wir in der Weltpolitik nicht mitreden und Entspannungspolitik betreiben oder den Rüstungsabbau beschleunigen; doch können wir auf dem Gebiete der Humanität, vor allem was die Menschenrechte betrifft, unsere Stimme erheben und für eine bessere Weltpolitik, die zu einem wirklichen und dauerhaften Frieden führen könnte, eintreten.

Politische Mitte und Randgruppen

In der Literatur wird wortreich versucht, die Theorien, Bewegungen und Ideologien zu untersuchen und zu klassifizieren, wie weit sie die Merkmale der „politischen Mitte“ aufweisen und nicht zu sehr nach „links“ oder „rechts“ tendieren. Ziemlich übereinstimmend wird die „politische Mitte“ mit demokratischen, parlamentarischen, pluralistischen, fortschrittlichen, toleranten und verständigungsorientierten Zielsetzungen und Verhaltensweisen als typische Bestimmungsmerkmale beschrieben.

Darunter fallen uneingeschränkt der „demokratische Konservatismus“, sich für eine Fortschreibung eines bewährten Status quo engagierend, die „Sozialdemokratie“ moderner Prägung, eine Umgestaltung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeitnehmer unter Verzicht auf revolutionäre Maßnahmen erstrebend, der „Rationalismus“ mit seinen Wurzeln im Humanismus und in der Aufklärung, der „Neoliberalismus“ mit nunmehr bloß wirtschaftlichen und sozialen Aufgabenstellungen und auch ein „gemäßigter Nationalismus“, auf kulturgeschichtlicher Entwicklung basierend.

Links und rechte Ideologien und Bewegungen stehen nun in ungleicher

Distanz zur demokratischen politischen Mitte. „Links“ streben vorwiegend danach, die gegenwärtige Gesellschaft nach den ihnen vorschwebenden Idealen und manchmal auch utopischen Vorstellungen von demokratischen Strukturen zu verändern. „Rechts“ treten vornehmlich für autoritär-hierarchische Strukturen ein, sie kämpfen für die Erhaltung oder Restaurierung von historischen und als naturgegeben angesehenen Organisationsformen und Wertsystemen.

Nach den gewählten, wechselnden und oft verschleierte Mitteln und Methoden zur Erreichung ihrer Ziele können die linken und rechten politischen Bewegungen als „radikal“ oder „extremistisch“ bewertet und eingestuft werden. Die beiden Begriffsinhalte werden im Sprachgebrauch und vor allem in der Tagespolitik nicht klar unterschieden, bezeichnen im wesentlichen nur die oft mangelnde Verständigungs- und Kompromissbereitschaft mit anderen Ideen, Wertvorstellungen und politischen Gruppen, werden auch manchmal unrichtig und denunziatorisch auf die Gegner angewendet und sogar schon dem kriminellen „Terrorismus“ gleichgesetzt.

Das „Wesen der Rechten“ sucht nicht mehr ganz zeitgemäß Hans-Helmuth

KNÜTTER in seiner oft zitierten Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus derart zu beschreiben und zu charakterisieren:

- Wunsch nach Erhaltung bestehender oder nach Restaurierung vergangener gesellschaftlicher und politischer Zustände;
 - starke Betonung des Nationalen, häufig bis zum hemmungslosen Nationalismus hin gesteigert;
 - Neigung zu irrationaler Begründung und Rechtfertigung politischer Stellungnahmen;
 - betonte Pflege militärischer Traditionen;
 - kritische Einstellung gegenüber Mehrheitsentscheidungen und
 - Bevorzugung von Eliten als handelnde Einheit.
- Eine für solches rechtes Ideengut anfällige, von Vorurteilen befangene Personengruppe ist nach der „Berkeley-Studie“ von ADORNO, FRENKEL-BRUNSWIK, LEVINSON und SANFORD auf Grund ihrer psychoanalytischen Forschungsergebnisse, dem Typus der „autoritären Persönlichkeit“ als Gegenbild zur Idee des demokratischen entsprechend, an neun Variablen zu erkennen:

- Starre Fixierung auf Werte mittelständischer Konventionen (Konventionalismus);
- untertänig-unkritisches Verhalten gegenüber idealisierten moralischen Autoritäten der Eigengruppe (autoritäre Untertänigkeit);
- Hang zur Aufsuche, Verurteilung und Bestrafung von Dritten, die konventionelle Werte verletzen (aggressive Autoritätssucht);
- Aberglaube und Stereotypie;
- Identifikation mit Repräsentanten der Macht;
- Demonstration von Härte und Robustheit;

Österreichische „Volksfront“ – „Aktion Winter“

Mit den Ideen und den Aktivitäten des Schriftstellers Dr. iur. Ernst KARL WINTER (1895–1959) in der Ersten Republik und im Ständestaat befassen sich jetzt viele zeitgeschichtliche Publikationen. Er war 1921 ein Mitbegründer des katholischen „Reichsbundes“. Als Mitglied der Wiener CV-Verbindung Nibelungia gab er im selben Jahr die Broschüre „Nibelungentreue – Nibelungenehre“ heraus, in der er sich als typischer Verfechter jener politisch aktiven Katholiken zu erkennen gab, die eine antirepublikanische und auch eine religiös fundierte antisemitische Einstellung vertraten. Später wurde das antidemokratische und antisemitische Gedankengut zweitrangig und

- Destruktivität und Zynismus im Umgang mit dem Humanen;
 - Neigung zu Projektionen und
 - Hervorhebung des Sexuellen.
- Diese Merkmale passen sicher in ihrer Gesamtheit oder zum Teil auf die zahlenmäßig ganz unbedeutenden Gruppen unter dem Einfluß oder der Führung von unverbesserten und einsichtlosen „Ewig-Geistigen“ der NS-Ära und von „postfaschistischen“ Denkmäthern. Eine Tendenz zur Übernahme oder gar zur Weiterentwicklung eines solchen Ideengutes und derartiger Verhaltensweisen ist hier zu Lande selten zu bemerken, wäre politisch auch unklug und rechtlich wegen der NS-Verbotsgesetze trotz ihrer laxen Handhabung überaus gefährlich. Es gibt aber unzweifelhaft in mehreren Ländern um uns herum ein sichtbares Auftreten von Links- und Rechtsfaschismus und auch einen zarten Faschismus in der politischen Mitte, deren Agitatoren einige solche ideologischen Keime behutsam pflegen.

Jeder auftretende politische Extremismus, ob rechts oder links von der politischen Mitte, ist auf seine Zielsetzung zum Oberbegriff „Totalitarismus“ hin zu untersuchen, ob er dem einzelnen Individuum in der Gesellschaft gegenüber einer allumfassenden Staatsgewalt keine oder nur eine geringe staatsfeindliche Spähne zustehen läßt und im noch mehr auszubauenden demokratischen Gefüge unserer Staats- und Gesellschaftsordnung eine Feindbild sieht und es bekämpft. Solchen Gegenströmungen und möglichen Störungen ist aufklärend vorzubeugen und rechtzeitig von allen massiv entgegenzutreten, die an der Erhaltung des inneren Friedens in Österreich interessiert und dazu ehrlich bereit sind!

~JW~

ein Österreichbewußtsein trat hervor, das 1927 zur Gründung der legitimistisch orientierten „Österreichischen Aktion“ gemeinsam mit August Maria KNOLL, Alfred MISSONG und Wilhelm SCHMID führte.

E. K. WINTER war früh genug zur Erkenntnis gelangt, daß der Feind Österreichs nicht links stand, sondern der Nationalsozialismus an der äußersten Rechten die Unabhängigkeit Österreichs bedrohte. Nur eine ehrliche Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte Österreichs könnte eine wirksame Abwehrfront bilden. Er kritisierte sowohl die Politik des Christlichsozialen Prälat Dr. Ignaz SEIPEL als auch

die oppositionelle Haltung des Sozialdemokraten Dr. Otto BAUER, weil die Koalition 1931 nicht zustande kam. Bemerkenswert war auch die Ablehnung des Monopolanspruchs der Vaterländischen Front (VF) durch WINTER, der in einem eigens gebildeten Arbeitskreis für eine weiterhin selbständige politische Arbeiterorganisation außerhalb der VF eintrat. In der Karwoche 1933 gab WINTER die neue Zeitschrift „Wiener Politische Blätter“ heraus, deren erste Nummer bereits der amtlichen Zensur zum Opfer fiel. Als erbitterte Reaktion darauf schrieb WINTER einen Brief an Bundeskanzler Dr. Engelbert DOLLFUSS, den wir in der Folge vollständig aus unserem Archiv wiedergeben können. WINTER wurde trotz seiner oppositionellen Haltung gegen DOLLFUSS und die VF zum Wiener Vizebürgermeister bestellt. Der Versuch eines Brückenschlages zur Linken mißlang WINTER, die VF gründete im März 1935 die „Soziale Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) als Arbeitnehmerflügel. Als WINTER für eine „soziale Monarchie“ unter Habsburgs Krone agitierte und dann noch vehement gegen das Juliabkommen 1936 zwischen SCHUSCHNIGG und HITLER auftrat, wurde er im Oktober 1936 als Wiener Vizebürgermeister „beurlaubt“. Er blieb jedoch weiterhin eine Kontaktperson zur illegalen Linken im Ständestaat.

Eine Vermittlerrolle wurde WINTER im Februar 1938 übertragen, und in seiner Wohnung fanden Gespräche mit Dr. Adolf SCHARF und Oskar HELMER von den Sozialdemokraten statt. SCHUSCHNIGG beauftragte WINTER schließlich im März 1938 auch mit der Kontaktaufnahme zur Linksoption in den Bundesländern. Diese „Aktion Winter“ führte besonders in Wien zum Erfolg, und die sozialistische Arbeiterbewegung war unter Zusage konkreter Forderungen zum Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus gemeinsam mit der Exekutive und der VF bereit. Beim Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich am 12. März 1938 emigrierte WINTER in die USA, kehrte erst im Winter 1958 nach Österreich zurück und erntete keinen Dank des Vaterlandes.

Die Idee der „Volksfront“, die WINTER vertreten hatte, sollte nicht wie in Frankreich die Linksparteien einigen, sondern laut WINTER eine „österreichische Front von rechts bis links gegen den Nationalsozialismus“ bilden. Er wurde daher nach 1945 als ein Wegbereiter der „Großen Koalition“ von ÖVP und SPÖ angesehen, die von 1945 bis 1966 in der Aufbauzeit in Österreich die Politik während und nach der Alliierten-Besatzung bestimmte.

~JW~

Ernst Karl Winter:

Brief an Dollfuß

Der bekannte, leider zu früh verstorbene Historiker und Soziologe Dr. Ernst Karl Winter brachte zu Beginn des kritischen Jahres 1933 unter dem Titel „Wiener politische Blätter“ eine wissenschaftliche Zeitschrift heraus, die sich mit den damaligen Problemen der österreichischen Innenpolitik befaßte. Gleich die erste Nummer fiel dem Zensor zum Opfer. Das veranlaßte Winter, seinem Kollegen und Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß einen Brief zu schreiben, der in seiner Schärfe besonders die damalige politische Situation dokumentiert. Winter wurde bekanntlich nach den furchtbaren Ereignissen des Februar 1934 in den Wiener Katakomben als Vizebürgermeister berufen und war hier beauftragt, den Kontakt zur sozialistischen Arbeiterschaft aufzunehmen. Seine Versöhnungsversuche waren außerordentlich interessant, scheiterten aber leider.

Die Redaktion.

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!
Lieber Cartellbruder!

In der Karwoche, während Du in Rom weiltest, habe ich damit begonnen, eine neue Zeitschrift, „Wiener Politische Blätter“, herauszugeben. Ich habe mir erlaubt, auch Dir ein Exemplar zu übersenden. Inzwischen wirst Du erfahren haben, daß bereits die erste Nummer konfisziert wurde, allerdings erst nach ihrer Versendung.

Aus diesem Anlaß möchte ich mir erlauben, zwei Dinge festzustellen, die für Dich vielleicht von einigen Interesse sind.

Das erste ist folgendes: Meine Zeitschrift, die als **Organ für wissenschaftliche Klarstellung politischer Fragen** ist, wird sich naturgemäß in keiner Weise hindern lassen, den einmal eingeschlagenen Kurs weiter zu verfolgen. Ich betrachte es als völlig ausnahmslos, daß es gelingen könnte, ihn auch nur teilweise zu beeinträchtigen. Dann würde eine ganz andere Apparatur gehören, als der Pressapolizei, vorläufig wenigstens, zur Verfügung steht. Es scheint mir überdies sicher, daß ein wissenschaftliches Organ, das ein der Regierungsmehrheit weltanschaulich nahe stehender Autor herausgibt, auch wenn es gerade deshalb einem schärferen Zugriff unterliegen sollte, trotz aller Polizeiaufsicht in einem noch viel gründlicheren Ausmaß als den Regierungskurs auch mit politischem Erfolg bekämpfen wird als die Opposition, weshalb es sich auf die Dauer nicht empfehlen dürfte, die Methoden

des Polizeistaates, die ihre immanente Logik haben, gegen ein Organ dieser Art anzuwenden. Auf alle Fälle bin ich voll Erwartung, wenn der Staatsanwalt in seinem Dilemma sich entschließen wird: mich nach § 300 St. G. vor dem Schwurgericht anklagen oder nach §§ 487, 491 Deine Ermächtigung zu meiner Verfügung einzuholen. In beiden Fällen wird es mir eine Ehre sein, meine wissenschaftliche Überzeugung auch vor dem Richter vertreten zu dürfen.

Das zweite, was ich Dir gerne sagen möchte, ist, daß mein eindeutiges Urteil über das rechtliche, moralische und soziale Wesen Deines Regierungskurses, der nach meiner Überzeugung aus einer durch einen Staatsstreich eingeleiteten Kette von Verfassungsbrüchen besteht, und von mir auch immer als solcher bezeichnet worden wird, dennoch in keiner Weise Dir und Deinen Mitarbeitern, schon im Vertrauen auf Deine katholische Überzeugung, die volle bona fides bescheinigt. Im Gegenteil, es scheint mir sicher, daß Ihr alle Euch der ganzen geschichtlichen Tragweite dessen, was Ihr in einer durch äußere Ereignisse in der ruhigen Entschlußfassung beeinträchtigten Stunde begonnen habt, nicht klar bewußt seid, zumehr aber, da es Euch vielleicht klarer zu werden beginnt, nicht mehr gut zurück zu können glaubt.

Dann kommt überdies, daß ich, was Deine Regierung inhaltlich tut, in vielen Punkten billige, nur glaube, daß es ebenso gut auch ohne Verfassungsbruch und dadurch Zerstörung des Rechtsbewußtseins an der Wurzel, also durch die verfassungsmäßige Verständigung mit der Minderheit, möglich wäre, auch wenn dies mehr Arbeit und Mühe erfordern sollte. Vorab wird Dein Regierungskurs insoweit stets meine ganze Unterstützung finden, soweit ein wissenschaftliches Organ dazu in der Lage ist, als er sich einseitig gegen den Nationalsozialismus wendet, den ich für eine, dem Rechtsstaate überaus gefährliche politische Denkform halte, andersorts gegen den Anschluß an Deutschland, von dem ich glaube, daß er der geschichtlichen Aufgabe auch des neuen Österreich diametral entgegen gesetzt ist. Alle Handlungen in dieser Richtung, auch wenn sie eine Regierung setzt, deren verfassungsmäßige Grundlage eine überaus problematische ist, begrüße ich, denn es ist besser, daß diese Handlungen überhaupt gesetzt werden, als daß sie unterbleiben.

Du magst aus diesen Ausführungen er-

sehen, daß ich keineswegs die Absicht habe, carte blanche zu bekämpfen, was Du auf dem einmal betretenen Wege tust, auch wenn ich nicht aufhören werde, schwarz als schwarz und weiß als weiß zu bezeichnen. So sehr ich die letzten Grundlagen Deines Regimes ablehne, so sehr werde ich entschlossen, ob die konkrete Maßnahme, die es trifft, Österreich, das auch die Marxisten, nicht nur die Agrarier, einschließt, dienlich und zur Abwehr seiner hauptsächlichsten Feinde, der Verfeiner des Rechtsstaates, brauchbar ist.

Solltest Du es von diesem Gesichtspunkte aus, von Deiner Seite her als zweckmäßig empfinden, mich einmal zu Dir zu rufen, um verschiedene Punkte mündlich zu klären, so stehe ich Dir selbstverständlich jederzeit zur Verfügung. Die Grundkonzeption, der ich diene, ist ja eine von Deinen eigenen Auffassungen, wie ich sie von früher her von Dir kenne, gar nicht so sehr verschiedene, wie es im Augenblick scheinen mag. Mir liegt über dem parteipolitischen Interesse, das Bewahrung der Machtpositionen einzelner Gruppen will, auch über die kirchenpolitischen Interessen, für das sich einmischen ich den herkömmlichen Organen überlasse, das Gesamtstaatsinteresse am Herzen, von diesem Gesichtspunkt aus aber eine konstruktive Zusammenfassung staatsaufbauwilliger Elemente der Rechten, der Mitte und der Linken. Daß letztere nicht staatsaufbauwillig sei, wie Du Dir selbst immer einredest (und nur Forderung Deines Kurses auch einreden müßte), ist ebensowenig wahr wie die umgekehrte Behauptung, daß Du und Deine agrarischen Freunde eine einseitige Klassenpolitik treiben auf Kosten der städtischen Bevölkerung. Für beide Vorwürfe gibt es gewiß Anhaltspunkte, sie sind auch in dem Maße begründet, als sie nicht aneinander ihre Korrektur finden, sie dürfen aber niemals ausschließen, daß man durch vernünftige Kooperation das Großwerden der auf beiden Seiten ist gleicher Weise latent vorhandenen Enkeltivität bekämpft. Der Marxismus ist ein kein Haar mehr staatsfremd, staatsgefährlich, staatschädlich als der Agrarismus und Du selbst hast letzteren um nichts weniger vertreten, wenigstens in der staatspolitischen Praxis, als die Gegenseite ihre Doktrin.

Gerne versichere ich Dir zum Abschluß, daß diese politischen Gegensätze zwischen Dir und mir, was mich betrifft, in keiner Weise das Gefühl freundschaftlicher Verbundenheit berühren konnten, das sich aus alter Regimentskameradschaft, Genossenschaft und der besonderen gemeinsamen Beziehung, die wir in früheren Jahren miteinander hatten, herleit-

Wien, am 18. April 1933.

Österreichische Widerstandsbewegung

Unbewältigte Vergangenheit?

Vom Informations- und Pressedienst der Österreichischen Widerstandsbewegung (Ö.W.I.P.) kam Ende November 1986 die Broschüre Nr. 4/1986 mit dem aktuellen Titel „Unbewältigte Vergangenheit“ heraus. Das klare Bekenntnis der politischen, geistigen und künstlerischen Elite wie auch des österreichischen Volkes zur eigenständigen, historisch gewachsenen österreichischen Nation wird als zweifelsfrei festgestellt. „Nur einige Prozent Deutschnationaler gibt es noch.“ (Seite 11). „... doch während alle – die es seinerzeit waren – geltend machen können, sie hätten nicht gehandelt, wohin dies führen werde, können die Österreichs Deutschnationaler heute nicht.

Nicht mehr nach der Besetzung durch Deutschland, nicht mehr nach den Massenmorden der Nazis.“ (Seite 8)

Weiters wird festgehalten: (Seite 13) „Die parlamentarische Demokratie wird in Österreich nur von Randgruppen in Frage gestellt. Diesem Extremismus muß Einhalt geboten werden, bevor er in einer vielleicht schwierigen Situation Instande wäre, auf größere Teile der Bevölkerung überzugreifen. ... Es darf keinen Opportunismus auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheit sowie des Ansehens geben.“

Besondere Beachtung in dieser Broschüre verdienen die Berichte und Zeitungsausschnitte über den Empfang einer Delegation des Vorstandes der „Österreichischen Widerstandsbewegung“ durch Bundespräsident Dr. Kurt

WALDHEIM am 22. September 1986. Die danach veröffentlichte Erklärung wird nun zur Klärung von Mißverständnissen und Vermeidung von Fehlinterpretationen vollinhaltlich wiedergegeben:

ERKLÄRUNG

Die überparteiliche Österreichische Widerstandsbewegung begrüßt Ihre öffentliche Absichtserklärung, „als Staatsoberhaupt gegen jede Mißachtung oder Geringschätzung von Minderheiten aufzutreten“, und Ihre Feststellung, daß der „Nationalsozialismus unermeßliches Leid über die Welt und vor allem über unsere jüdischen Mitmenschen gebracht hat.“

Die Österreichische Widerstandsbewegung hält auch Ihr Bekenntnis zur österreichischen Nation für bedeutsam und ebenso, daß Sie Lehren „aus Ihren Erfahrungen in der Ihnen aufgeworbenen Dienstleistung in der Armee eines unmenschlichen Regimes gezogen haben.“

Fast alle Präsidiumsmitglieder der Österreichischen Widerstandsbewegung waren wie Sie zur Dienstleistung in der deutschen Armee gezwungen und können die Formulierung von der „Pflichterfüllung“ in der damaligen Zeit nur so verstehen, daß man in der jeweils gegebenen Situation seiner Verpflichtung zur Hilfeleistung gegen jedermann nachgekommen ist, was für

Soldaten oft mit Lebensgefahr verbunden war.

Die Österreichische Widerstandsbewegung begrüßt daher Ihr Vorhaben, sich „in besonderer Weise um den Dialog, vor allem auch mit unseren jüdischen Mitbürgern, zu bemühen und alles zu unternehmen, um dem Antisemitismus und jeder Art von religiöser, rassistischer und ethnischer Diskriminierung entgegenzutreten.“

In der nahen Vergangenheit hat das Ansehen Österreichs aus mancherlei Gründen Schaden erlitten. Es ist das Bestreben der Österreichischen Widerstandsbewegung, vor der Weltöffentlichkeit den Nachweis zu führen, daß Österreich nicht nur das erste Opfer des Nationalsozialismus war, sondern vorher auch einen fünfjährigen unerbitterlichen Kampf gegen Hitlerdeutschland geführt hat, in dem es nur unterlag, weil es von der übrigen Welt im Stich gelassen wurde und fast alle Staaten (ausgenommen die Sowjetunion und Mexiko) sogar die gewaltsame militärische Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich völkerrechtlich anerkannt haben.

Als Zeitzeugen sehen wir unsere Lebensaufgabe darin, vor allem die Menschen jüngeren Alters aus erster Hand zu informieren und auf diese Weise ein gültiges österreichisches Selbstverständnis zu begründen.

Für das Präsidium:
Dr. Ferdinand Habi
Vizepräsident
Bruno Czernak
Präsident

Österreich-Hain in Jerusalem –
Ehrung von gerechten Nichtjuden

Die Knesset (das Parlament) von Israel hat 1963 den Beschluß gefaßt, Nichtjuden, die unter eigener Lebensgefahr im Dritten Reich von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, verurteilt und getötet haben, als „Gerechte innerhalb der Völker“ zu ehren. In der Folge wurde die Gedenkstätte YAD VASHEM auf dem Herzl-Berg in Jerusalem errichtet und ausgebaut. Seit 1975 wurde dort ein „Österreich-Hain“ bepflanzt und auch von den österreichischen Verfolgtenverbänden mit Spenden für Bäumchen bedacht.

Bis jetzt sind in dieser Gedenkstätte YAD VASHEM etwa 3000 Namen von Nichtjuden in Tafeln verzeichnet, die den Titel „Gerechte innerhalb der Völker“ verliehen bekommen haben. Darunter sind 56 Österreicher geehrt und vorwiegend Frauen, die in einem sehr perilösen Verfahren durch ein israeli-

sches Komitee ausgearbeitet werden konnten.

Nun wurde auch Hofrat Dr. med. Artur LANC in Gmünd/NO am 19. 6. 1986 der Titel „Gerechter innerhalb der Völker“ verliehen, verbunden mit dem Recht zur Pflanzung eines Baumes in der Gedenkstätte von Jerusalem. Die Übergabe der Urkunde ist durch den Botschafter Israels in Österreich vorgesehen. Diese Ehrung erfolgt auf Grund der Errichtung von drei ungarischen jüdischen Deportierten im Februar 1945 vor ihrem Abtransport durch die SS in ein KZ durch Ermöglichung ihrer Flucht und Verborgenhaltung bis zum Kriegsachluß und zur Befreiung!

Herzlichen Glückwunsch zu dieser Ehrung und doch noch erlebten Anerkennung der Rettung von todgefährdeten Juden unter eigener Lebensgefahr!



Ihre Fragen zur Heizung, zu Tüfen und zur allgemeinen Strom-Anwendung beantwortet gerne unsere Fachleute für
ENERGIEBERATUNG TEL. (0 42 32) 94 4 55

Außen Sie doch einfach an – lassen Sie sich gratis beraten

kelag

DIE KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR VORARLBERG

**ist die gesetzliche Interessenvertretung für mehr
als 110.000 Arbeitnehmer.**

- Sie vertritt deren Belange in Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik. Sie stellt Beisitzer für das Arbeitsgericht und das Schiedsgericht der Sozialversicherung. Sie entsendet Vertreter in zahlreiche Körperschaften, wie die Vorarlberger Gebietskrankenkasse, den Landesschulrat und Beiräte der Landesregierung.
- Sie berät und interveniert in Fragen des Arbeitsrechtes, der Sozialversicherung, des Lehrlings- und Jugendschutzes sowie in Konsumentenangelegenheiten.
- Sie bietet der gesamten Bevölkerung kulturelle Einrichtungen an: Abendkurse, Bibliotheken, verbilligte Eintrittskarten für Theateraufführungen und Förderunterricht für Besucher des Abendgymnasiums für Berufstätige.
- Sie vergibt Wohnbaudarlehen, Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen; für langjährig tätige Arbeitnehmer und Jugendliche organisiert sie kostenlose Erholungsaufenthalte.

**DIE INTERESSEN DER ARBEITNEHMER VERTRETEN
UND DAS GEMEINSAME IM AUGE BEHALTEN**



Befreiung 1945 – Freiheit 1955

Austrückung Österreichs und NS-Widerstand

Die „Nacht über Österreich“ senkte sich am Morgen des 12. März 1938 herab, als der überfallsartige Einmarsch der deutschen Truppen auf Hitlers Befehl begann und SS-Reichsführer Heinrich Himmler mit seinem Stab als Vorauskommando auf dem Flugplatz Wien-Aspern ankam. Er errichtete das NS-Terrorregime, und schätzungsweise 70.000 Österreicher wurden in den Märztagen von der deutschen Gestapo sowie von österreichischen SS- und SA-Truppen als die bekannten oder potentiellen Gegner und Feinde der Nationalsozialisten ausgehoben und inhaftiert. Rache-morde und schwere Mißhandlungen von Funktionären des Ständestaates und der Vaterländischen Front konnten von den Schergen der neuen Machthaber ungehindert verübt werden.

Österreich wurde zur Ostmark, das Land später in sieben Reichsgaue umgegliedert und vorwiegend Beamte und politische Leiter aus dem „Alt-reich“ regierten nach des Führers Adolf Hitler und der Partei Willen. Die Vermögensreserven und Goldbestände wurden verschleppt. Privatvermögen aus jüdischem Besitz enteignet oder arisiert, und deutsche Industrie-konzerne breiteten sich hierher aus. Die militärische Aufrüstung wuchs ständig und das österreichische Fachkräftpotential konnte zur Auffüllung und Besetzung der Arbeitsplätze im ganzen Deutschen Reich herangezogen werden. Reichsarbeitsdienst und Wehrpflicht nahmen die Jugend in Beschlag.

Nach der „Heimführung“ der Sudeten-deutschen, Südmähren und Südböhmen ins Reich folgte die Besetzung der Rest-Tschechoslowakei mit der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren und der autonomen Republik Slowakei. Die anschließende Befreiung der Deutschen in Polen konnte noch als Berichtigung des „Diktatfriedens von Versailles“ angesehen werden, aber die Aufteilung Polens in ein Generalgouvernement und ein sowjetisches Gebiet enthielt nun deutlich Hitlers Imperialismus, und Expansionspolitik. Die Kriegserklärungen der Westmächte folgten, und der Zweite Weltkrieg brach aus. Die Eroberung der Benelux-Staaten ermöglichte den Durchstoß nach Frankreich vom Norden her, das nach einem Blitzkrieg geschlagen war und kapitulieren mußte. Der Balkanfeldzug und die Anfangserfolge im deutschen Ostfeldzug

ließen Hitlerdeutschland allen Überlegen und unbesiegt erscheinen.

Für die Minderheit der österreichischen Patrioten bestand zu dieser Zeit wenig Hoffnung auf das Wiedererstehen eines freien und unabhängigen Österreichs. Schon im Jahre 1938 bildeten sich Widerstandsgruppen aus Angehörigen ganz verschiedener Weltanschauungen. Ihre Aufdeckung durch die allmächtige Gestapo, rege Unterstützung von Nazis und angepöbelten Mitläufern, bedeutete Todesurteile, Zuchthausstrafen oder Einweisungen in die Konzentrationslager zur Umerziehung oder Vernichtung durch Arbeit. Die Zahl der Opfer im Kampf für ein freies Österreich stieg immer mehr an.

Der Blutzoll der zur Deutschen Wehrmacht übernommenen oder später eingezogenen Österreicher – bis 1945 etwa 1.200.000 Männer – war beträchtlich. Die durch den Krieg verordneten und zwangsläufig sich ergebenden Belastungen und Einschränkungen der Bevölkerung bedrückten sehr und bewirkten auch verschiedene individuelle Verweigerungen und Widerstandshandlungen. Erst das „Wunder von Stalingrad“ zeigte die Grenzen und Schwächen der deutschen militärischen Macht. „Frontbegradigungen“ nach rückwärts wurden notwendig, und das Kriegsglück wendete sich vom Feldherrn Adolf Hitler, dem angeblichen Werkzeug der göttlichen Vorsehung, schließlich ganz ab. Die Verkündung des „totalen Krieges“ sollte alle Reserven für den Krieg verfügbar machen. Der immer schärfer werdende Terror des NS-Regimes auch im Inland machte es immer verheißender, und auch der Widerstand steigerte sich in der Zahl der Aktivisten und in der Intensität der Mittel. Die Totenverluste an den vielen Fronten und der zermürbenden Luftangriffe der Alliierten bereinigten zur Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende und auf den Zusammenbruch des NS-Regimes durch den Sieg der Alliierten und zum Teil auch durch den innerdeutschen Widerstand in Wehrmachtsschleichen.

Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943

Die Hoffnungen des verzweifelten österreichischen Volkes knüpften sich an diese „Österreich-Deklaration“, in der die in Moskau versammelten Außenminister der Alliierten, Eden, Hull und Molotow, die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs als eines der Kriegsziele der Alliierten erklärten. Diese Moskauer

er Deklaration hatte folgenden Wortlaut:

„Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll. Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig. Sie betrachten sich durch keinerlei Änderungen, die in Österreich seit diesem Zeitpunkt durchgeführt wurden, als irgendwie gebunden. Sie erklären, daß sie wünschen, ein freies, unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch ebenso sehr den Österreichern selbst wie den Nachbarstaaten, die sich ähnlichen Problemen gegenübergestellt sehen werden, die Bahn zu ebnen, auf der sie die politische und wirtschaftliche Sicherheit finden können, die die einzige Grundlage für einen dauernden Frieden ist.

Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Kriege an Seite Hitler-Deutschland eine Verantwortung trägt, der es nicht entkommen kann, und daß anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“

Diese Erklärung kam ohne Mitwirkung von Österreichern zustande, aber vielleicht doch durch die Aktivitäten der vielen Emigranten. Die Diskriminierungsklausel der „Mitverantwortlichkeit“ machte uns Österreichern noch bis zum Staatsvertrag 1955 große Schwierigkeiten. Die Haltung Englands und Frankreichs von 1938, die mit Hitler und Mussolini das „Münchener Abkommen“ geschlossen hatten, und die Haltung der Sowjetunion im Sommer 1939 bei der Vernichtung Polens wurden nun klar revidiert. Das Schlagwort „Lebenslüge“ für die Ablehnung der Kriegsschuld Österreich wurde später oft gebraucht, hatte aber niemals eine Berechtigung erlangt. Als eigener Beitrag Österreichs waren aber auch die bisher gebrachten großen Opfer der Widerstandsbewegung zu würdigen und eine Steigerung der Widerstandstätigkeit konnte nur in einem beschränkten Ausmaß erwartet und gefordert werden. Der Anschlußgedanke war wegen des NS-Schreckensregimes im Dritten Reich und in den besetzten Gebieten längst erloschen. Die Wiederherstellung eines freien, unabhängigen und demokratischen Österreichs lag nach den bitteren Erfahrungen seit 1938 durchaus im Wünschen und Willen der österreichischen Bevölkerung.

Befreiung und Besetzung

Österreich wurde im Frühjahr 1945 selbst Kriegsschauplatz. Am 29. März 1945 erreichten die ersten Sowjettruppen vom Plattensee in Ungarn her vorrückend bei Klostermarientberg im Burgenland österreichisches Gebiet, stießen im Raabtal aufwärts vor und begannen den verlustreichen Vorstoß über Gloggnitz und Wiener Neustadt bis Wien. Diese Offensive der Roten Armee dauerte bis zum 14. April 1945. Sie hatten das Burgenland, Wien, Niederösterreich und Teile der Steiermark und Oberösterreich besetzt. Für die Strategie der Sowjets war sicherlich die Sicherung der Grenzen zu Ungarn und zur Tschechoslowakei maßgebend und ein Vorstoß zu weit nach Westen über die vorgesehene Demarkationslinie und späteren Zonenregeln nicht eingeplant. Die örtliche Verwaltung wurde von den Sowjets gleich ihnen geeignet erscheinenden Österreichern übertragen, wobei den Plänen ein Vorschlagsrecht zukam. Manche der meist russisch sprechenden Zivilorgane waren kriminelle Typen und Plünderer für eigene Rechnung, die später nicht immer zur Verantwortung gezogen werden konnten.

Die fluchtartig zurückweichenden deutschen Truppen sollten auf Hitlers Befehl nur „verbrannte Erde“ zurücklassen, kamen aber in der gebotenen Eile nicht immer dazu, kriegswichtige Güter nach dem Westen abzutransportieren oder wenigstens zu vernichten. Viele Truppenkörper und die SS-Verbände hatten Freiwillige aus Ostvölkern zugezogen, denen der Schutz und die Verteidigung des deutschen Bodens und Vaterlands nichts bedeutete, aber die Flucht vor den Sowjets deren Rache wegen Landesverrats verhindern konnte. Durch diesen grausam geführten Krieg im Endstadium blieben Ruinen in Ostösterreich zurück. Plünderungen der Bevölkerung in Stadt und Land durch disziplinslose oder marodierende Soldaten waren an der Tagesordnung. Die Vergewaltigungen der Frauen und Mädchen durch Rotarmisten in der Etappe waren Schreckenserlebnisse, so daß bald Furcht und Abscheu statt des erwarteten Dankes für die Befreiung von der NS-Diktatur das Volk in Ostösterreich erfüllten. Die örtlichen Kommandanturen der Sowjets bemühten sich wohl um die Schonung der Bevölkerung, konnten jedoch die Übergriffe und Mordzuchtigungen durch Rotarmisten oder eine ähnliche Uniform tragende unbekannte Männer trotz strenger Disziplinierungen nicht verhindern. Die jugoslawische „Volksbefreiungsarmee“ rückte im südlichen Kärnten mit teils slowenisch sprechender Bevölkerung ein und konnte erst von den

aus Italien einrückenden Briten zurückgedrängt werden. Amerikanische Truppen drangen in Tirol, Salzburg und Oberösterreich ein. Sie waren massiv vor vorgesehene „Alpenfestung“ vorgeückt, die aber nur ein Phantom darstellte und die Besetzung durch US-Truppen wenig behinderte. Am 3. Mai 1945 um 8 Uhr abends rückten die amerikanischen Truppen vom Norden her überraschend kamplos in Innsbruck ein. Dr. Karl Gruber hatte mit der österreichischen Widerstandsbewegung bereits einige Tage vorher in und um Innsbruck die Macht übernommen und sich in blutigen Kämpfen mit der SS behaupten können. Die Amerikaner wurden mit rot-weiß-roten Fahnen in Innsbruck empfangen und von der revolutionär gebildeten Landesregierung begrüßt. In Vorarlberg rückten auf Hilferufe von Freiheitskämpfern hin die Franzosen ein.

Aktionen von Widerstands- und Freiheitskämpfern, besonders im Lande Tirol, im Salzkammergut, im Lungau und im weststeirischen Raum kürzten vielfach sinnlos gewordene Kämpfe ab, verhinderten Plünderungen und Verwüstungen durch rückziehende Soldatengruppen sowie andere Bewaffnete und richteten auch österreichische Verwaltungsstellen zum Schutz der Bevölkerung und zum Kontakt mit den Besetzern ein. Flüchtlinge aus Kampfgebieten, befreite Kriegsgefangene und ehemalige Fremdarbeiter durchzogen das Land und suchten sich auch billig, gut und reichlich selbst zu versorgen. Besonders die DP (Versetzte Personen/Displaced Persons) aus den Siegerstaaten und von den deutsch besetzt gewesenen Gebieten genossen eine bevorzugte Stellung bei den Westmächten und nutzten dies manchmal schamlos aus. Ihre Lebensmittelaufteilung war lange Zeit doppelt so hoch wie jene der österreichischen Bevölkerung. DP beherrschten auch den Schwarzmarkt auf eigene Rechnung oder für Organe der Besetzer.

Die Befreiung Österreichs vom NS-Terrorregime war also zu einem beiseitegehenden Teil durch Freiheitskämpfer und Widerstandsgruppen erreicht worden, vorwiegend aber durch die Truppen der alliierten Mächte zwischen dem 29. März und dem 8. Mai 1945, an dem die letzten Armeen der Deutschen Wehrmacht bedingungslos kapitulierten. Politische Häftlinge in Gefängnissen und Hitler-KZ wurden aus der latenten Todesgefahr gerettet, konnten zu ihren Familien heimkehren und dankten auch dem Herrgott für die Befreiung aus größter Not und von erlittenem Leid als treu gebliebene Österreicher. Das österreichische Volk hatte besonders in Ostösterreich das

Kriegsleiden bis zum Exzell erlebt und erlitten. Alle Österreicher waren froh, daß sie das Kriegsende noch erlebten und sahen auch darin einen Grund zum Dank für die Befreiung. Wer jedoch Übergriffe oder gar Greuel durch die Soldateska erliden oder nur mit ansehen hat müssen, dem blieb die Befreiung 1945 auch als eine böse Erinnerung zurück. Das Übel einer Besetzung durch fremde Mächte und ihre Soldaten war zwangsläufig mit dem Krieg verbunden, wurde aber nur für die kurze Zeit bis zur Wahl einer Volksvertretung und Bestellung einer vom Wahlausgang bestimmten Regierung erwartet, spätestens aber bis zu dem Zeitpunkt, bis Österreich sich selbst verwalten und sichern konnte. Diese Hoffnung war trügerisch, die echte und volle Freiheit Österreichs ließ noch lange auf sich warten.

Österreichs Opferbilanz 1938–1945

Der Bundespressedienst gab 1980 folgende Zahlen bekannt: 247.000 Österreicher waren als Soldaten der Deutschen Wehrmacht gefallen oder galten als „vermißt“, 166.000 wurden zum Teil schwer verwundet, 104.000 Tote wurden unter der Zivilbevölkerung gezählt; hunderttausende Österreicher waren in Kriegsgefangenschaft, bis Ende 1946 kamen aus den USA 306.000, aus Großbritannien 211.000, aus Frankreich 87.000 Kriegsgefangene heim; aus der Sowjetunion kamen bis Ende 1947 162.000 Heimkehrer, es folgten dann noch einige Sondertransporte, deren letzter am 25. Juni 1955 in Wien eintraf.

An Opfern aus politischer, religiöser oder rassistischen Gründen in der NS-Zeit registrierte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: rund 100.000 politische Häftlinge, davon wurden 2700 Hinrichtungen bekannt, 16.493 kamen in den KZ ums Leben, 16.106 starben in den Gefängnissen, 65.459 Juden aus Österreich wurden Opfer des Holocaust.

Besatzungsregime bis 1955

Die örtlichen Repräsentanten der Widerstandsbewegung waren zum Auf- und weiteren Ausbau einer eigenen österreichischen Verwaltung bereit, stießen aber bald auf das Mißtrauen der Besetzer und fielen zum Teil wegen des Mißbrauchs der angemäherten Machtbefugnisse mit Recht in Ungnade und kamen vereinzelt auch in Haft. Die Militärkommandanten verordneten und verwalteten nach ihrem Gutdünken zwischen Papierkrieg und gesundem Hausverstand ohne erkennbare Zuständigkeitsnormen. Neben der Beschaffung von eingerichteten Quartieren für ihre Einheiten und für deren Versorgung aus dem Ort be-

faßen sich die Ortskommandanturen und die Geheimdienste sehr intensiv mit der Ausforschung von Nazis und ausgeschriebenen Kriegsverbrechern. Die Sammlung und Versorgung der Kriegsgefangenen war eine weitere dringliche Aufgabe der Militärbesatzungen.

In Wien hatten die Proponenten der drei demokratischen politischen Parteien – ÖVP, SPÖ und KPÖ – am 27. April 1945 die Unabhängigkeitserklärung verfaßt und verkündet sowie eine Provisorische Staatsregierung mit Drittparteipart unter Dr. Karl Renner gebildet. Diese besaß das Vertrauen und die Unterstützung des Sowjetmarschalls Tolbuchin für seinen Befehlssbereich südlich der Donau, erhielt vorerst aber keine Anerkennung als Zentralregierung durch die Westmächte. Auch die österreichischen Landesvertretungen im Westen, die ein Eigenleben ohne Kontakt mit Wien führten, hielten die Regierung Renner nur für Marionetten der Russen, für beherrschend von den Kommunisten und ignorierten sie vorerst. Eine Salzburger Länderkonferenz drängte auf Mitwirkungsrechte und Beteiligung der Bundesländer beim Aufbau einer Zentralregierung und vor allem auf demokratische Wahlen der Volksvertreter im Nationalrat. Der Tiroler Landeshauptmann Dr. Karl Gruber wurde zum Vorsitzenden der Länderkonferenz gewählt und trat als deren Vertreter hierauf in Wien erfolgreich auf.

Die Regierungen der alliierten Mächte hatten schon 1944 die „Europäische Beratende Kommission“ (EAC) gebildet, die für Deutschland und Österreich ein Kontrollabkommen und einen Zonenteilungsplan auszuarbeiten hatte. Für Österreich als befreiten Staat wurden annähernd gleiche Absichten geäußert wie für die Besatzungsmechanismen im besiegten Feindstaat Deutschland. Die Aussicht auf baldigen Abzug der Besatzungstruppen aus Österreich war demnach gering geworden. Eine Zonenteilung mit Machthabern aus derart verschiedenen Systemen, die von Dr. Karl Gruber als „Werk des Teufels“ bezeichnet wurde, brachte erhebliche Komplikationen für die Verwaltung, die Wirtschaft und den Verkehr im Staatsgebiet Österreich als gewünschte Einheit mit gleichen Rechten und Pflichten. Die Einsetzung des Alliierten Rates, als eine Kontroll- und Verwaltungsoberbehörde der Staatsregierung übergeordnet, bewies dies und ließ nach der Palästinafrage und dem Beginn des Kalten Krieges zwischen Ost und West auch eine Teilung Österreichs nach dem Stande der Besatzung befürchten.

Bei der Konferenz in Jalta vom 4. bis

11. 2. 1945 hatten Stalin, Roosevelt und Churchill bereits ihre Interessen abgegrenzt und Beschlüsse bezüglich Gebietsabtretungen, Kontrollabkommen und Zonenteilung nach dem Kriege gefaßt. Die Potsdamer Konferenz vom 7. 7. bis 2. 8. 1945 – schon nach der deutschen Kapitulation – von Stalin, Truman und Churchill brachte weitere Beschlüsse über die Aussiedlung der Deutschen aus den befreiten Ostgebieten, Beratungen über Friedensverträge mit den Feindstaaten wurden geführt, und Verhandlungen für einen „Staatsvertrag“ mit Österreich wurden vorbereitet. Das 1. Kontrollabkommen für Österreich vom 4. Juli 1945 hatte vorwiegend das Alliierte Kontrollsystem zu organisieren, limitiert mit der Errichtung einer frei gewählten und von den vier Mächten anerkannten österreichischen Staatsregierung. Der Alliierte Rat fungierte als Organ der Großmächte und sollte eine angemessene Einheitlichkeit des Vorgehens in den Besatzungszonen gewährleisten. In einem weiteren Abkommen zwischen den vier Mächten sollte die Art und der Umfang der Weisungen und Ratschläge festgesetzt werden, welche die Alliierten der anerkannten österreichischen Regierung geben mußten.

Am 25. November 1945 fanden die Nationalratswahlen in ganz Österreich ohne Behinderung durch die Besatzungsmächte statt, deren Ergebnis (ÖVP 85, SPÖ 76, KPÖ 4 Sitze) mit so wenig KP-Stimmen die Sorge wegen einer Sowjetisierung Österreichs bedeutend verringerte. Im Winter 1945/46 mußten Lieferungen der Alliierten die große Not in Österreich lindern helfen. Dazu kamen ab 1946 noch UNRRA-Lieferungen von Lebensmitteln, die nur an befreite Staaten gingen und nicht an Feindstaaten erfolgten. Somit wurde auch völkerrechtlich der Status eines befreiten Österreichs anerkannt, ohne daß die heute oft erwähnte „Lebenslüge“ von Österreich erst vorgebracht werden mußte. Probleme bereitete anfangs die gleichmäßige Verteilung der UNRRA-Lieferungen auf alle Besatzungszonen und Bundesländer und die Gewähr, daß diese wichtigen Güter nicht von den Besatzungstruppen verbraucht wurden oder im Schwarzmarkt versickerten. Österreichische Verwaltungsstellen konnten dann doch diese Lieferungen in die Rationierungen mit Lebensmittelmärkten und Bezugsscheinen einbeziehen.

Das 2. Kontrollabkommen der vier Mächte vom 28. Juni 1946 behandelte Österreich wohl als befreiten und sogar befreundeten Staat und betrachtete es nicht mehr als zu bestrafendes Anhängsel des Dritten Reiches. Die

Autorität der österreichischen Regierung wurde für ganz Österreich uneingeschränkt festgelegt, nur die Vorbehalte waren sehr beträchtlich: Weisungsrecht der Alliierten Kommission und Vollzugspflicht für die österreichische Regierung – Vorherige schriftliche Zustimmung der Alliierten Kommission für österreichische Maßnahmen nach Artikel 5 betreffend Entmilitarisierung und Entwaffnung, Immunität der alliierten Streitkräfte, Verfügung über Deutsches Eigentum, Kriegsgefangene und DP, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – Zustimmung des Alliierten Rates für Verfassungsgesetze und Vorlage sonstiger legislativer Maßnahmen. Das 2. Kontrollabkommen blieb mit dem Kontrollapparat in Österreich mit wenigen Streichungen bis zum Ende des Besatzungsregimes wirksam.

Staatsvertrag bringt volle Freiheit

Der Weg zum Staatsvertrag war schwierig und lang. Bundeskanzler Ing. Julius Raab konnte am 14. April 1955 nach den Verhandlungen in Moskau folgende Botschaft an das österreichische Volk senden: „Österreich wird frei, wir bekommen unseren Heimatboden in seiner Gänze zurück. Die Kriegsgefangenen und Internierten werden die Heimat wiedersehen. Das hat die aufrechte Haltung des österreichischen Volkes erduldet, erarbeitet und errungen.“

Bei den Schlußverhandlungen um den Staatsvertrag im Mai 1955 in Wien konnte Außenminister Ing. Leopold Figl noch die Streichungen der diskriminierenden „Mitverantwortungsklausel“ erreichen. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 im Wiener Belvedere präsentierte Figl vom Balkon aus dem wartenden Volk den ersehnten Vertrag und rief: „Österreich ist frei!“

Erst mit dem Staatsvertrag war Österreich von den fremden Mächten als Besitzer befreit worden und hatte erst 10 Jahre nach der Befreiung vom Naziregime und seit dem Kriege seine Souveränität und volle Freiheit innerhalb der Völkergemeinschaft erhalten!

Literatur-Hinweise:

Karl GRUBER: Zwischen Befreiung und Freiheit, Verlag Ullstein, Auflage 1953.

Manfred RAUCHENSTEINER: Der Sonderfall – Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Verlag Styria, Auflage 1979.

MOCK – STEINER – KHOL: Neue Fakten zu Staatsvertrag und Neutralität, Studienreihe der Politischen Akademie, Band 12, Wien 9/1980.

Volksaufstand in Ungarn 1956 – Neutralitätsprobe für Österreich

Vor nunmehr 30 Jahren, am 23. Oktober 1956, begann der Volksaufstand in Ungarn gegen das totalitäre, stalinistische System, um die Errichtung einer echten Demokratie mit einem Neutralitätsstatus wie Österreich seit 1955 zu erreichen. Bald waren große Teile Ungarns von den Aufständischen beherrscht und eine demokratische Regierungsmannschaft unter Imre NAGY hatte die Staatsführung übernommen. Die starke sowjetische Besatzungsmarine wurde noch verstärkt und gegen die Aufständischen eingesetzt und trat am 4. November 1956 zum Angriff auf die Hauptstadt Budapest und andere Zentren der Volksbewegung an. In blutigen Kämpfen gelang den Sowjets bis zum 15. November 1956 die Niederwerfung des Aufstandes in ganz Ungarn und die mit Billigung der Sowjetunion eingesetzte Gegenregierung unter János KADAR begann mit dem Strafgericht. Etwa 200.000 Flüchtlinge kamen nach Österreich, fanden hier Asyl und viele Hilfsaktionen liefen an. Österreich hatte 1 Jahr zuvor den Staatsvertrag abgeschlossen und den 1. Jahrestag der Neutralitätserklärung am 26. Oktober 1956 noch mit etwas Unbehagen gefeiert. Österreichs frisch aufgestelltes Bundesheer und die Exekutive mußten den Grenzschutz übernehmen und auch Vorsor-

ge treffen für die sofortige Entwarnung und Internierung von fremden Bewaffneten in unserem Hoheitsgebiet.

Den österreichischen Verbänden war ein klarer Schießbefehl erteilt worden, falls Grenzüberschreitungen durch bewaffnete Einheiten oder Feuereröffnung von Ungarn her erfolgen sollten. Die Neutralität Österreichs wurde erstmals auf die Probe gestellt, jedoch die strikte Einhaltung des Verteidigungswillens zum Schutz der Grenzen mußte dann doch nicht bewiesen werden. Die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Ing. Julius RAAß appellierte auch umständlich an die Sowjetunion, das Blutvergießen in Ungarn einzustellen und die Wiederherstellung der „Freiheit im Sinne der Menschenrechte“ zuzulassen.

Unsere exponierte Lage an der Grenze der Machtblöcke hat uns öfter in Krisen der Nachbarn hineingezogen, uns aber auch den Wert und die Verteidigungswürdigkeit unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität erkennen und schätzen gelehrt. An jedem Nationalfeiertag sollen wir daher immer auch unsere Absicht und unseren Willen zur immerwährenden Neutralität besonders betonen und unseren Verteidigungswillen bestärken und aufzeigen!

~JW~

ÖCV-Kapelle Sonnwendstein – Gedenkstätte und Mahnmal

Am 14. 9. 1986 hielten die Altherrenlandesbünde Wien, Niederösterreich und Steiermark des Österreichischen Cartellverbandes (ÖCV) bei der Kapelle auf dem Sonnwendstein eine Gedenkumgebung ab. Vor 50 Jahren war hier zum ersten Mal eine Kapelle errichtet worden, die dann vor 30 Jahren als ein Freiheits- und Mahnmal für die zwischen 1938 und 1945 während der NS-Zeit verfolgten und hingerichteten Männer des ÖCV ausgebaut wurde.

Bundesparteiobmann Dr. Alois MOCK hielt die Gedenkrede bei dieser heiligen Kundgebung, die auszugeweiht wiederzugeben wird:

„Diese Daten umspannen Jahrzehnte österreichischer Geschichte, die unser Land besonders hart traf. Österreich hat schmerzliche Stunden erlebt, aber auch die Kraft zu neuer Größe gefunden. Für mich ist diese Kapelle, dieses Freiheits- und Mahnmal, ein Symbol des Bekenntnisses zur Geschichte un-

seres Vaterlandes. Es ist ein Bekenntnis zur Gegenwart, zu einer Heimat für freie und selbständige Menschen, es ist ein Bekenntnis zu einer Zukunft, die ich optimistisch und positiv sehe.

Es ist ein Bekenntnis zu Österreichs Geschichte. Waren es doch vor allem Cartell- und Bundesbrüder, die seit der Machtübernahme durch das nationalsozialistische Regime in Deutschland im Jahre 1933 entschlossen und mit vollem persönlichen Einsatz gegen diese neue Barbarei Stellung bezogen. Als unsere deutschen Bundes- und Cartellbrüder eine nicht genug klare Trennlinie zogen, haben wir die schmerzliche Trennung vom deutschen CV vollzogen.

Es war ein Monat vor der Ermordung unseres Cartellbruders Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß, als er unter Bezugnahme auf das neue barbarische Regime in Berlin in einem Appell an die Öffentlichkeit sagte: „Machen wir eine Trennungslinie! Ihr wollt doch nichts

gemeinsam haben mit diesem neuen barbarischen Regime. Wer schweigt, und das sage ich deutlich, wird mitverantwortlich.“ Er hat diese Worte als Regierungschef eines kleinen, von inneren Konflikten zerrissenen, wirtschaftlich schwachen Landes gesprochen, in einem Zeitraum, als andere sogenannte Großmächte glaubten, es sich mit den neuen Herren richten zu müssen.

Es kam der 11. März 1938: Österreich sollte ausgelöscht werden – und auf der Landkarte ist es auch tatsächlich gelungen. Es waren dann wieder Cartell- und Bundesbrüder, Figl, Hurdas, Maletz, Häbel, Funder und Bock, um nur einige von jenen Großen der vorherigen Generation zu nennen, die durch Konzentrationslager gegangen sind und die gesichert haben, daß Österreich, obwohl von der Landkarte verschwunden, in den Herzen seiner Menschen und seiner Patrioten weiterlebte.

Am 7. Juni 1938 wurde sozusagen hochamtlich, rechtlich, vereinsrechtlich, der Österreichische Cartellverband durch die nationalsozialistischen Behörden aufgelöst. Damit vollzog der Nationalsozialismus eine politische Zielesetzung, die ab dem 11. März 1938 darauf ausgerichtet war, die katholisch-farbttragenden Verbindungen zu zerschlagen, ihre Mitglieder physisch und psychisch unter Druck zu setzen und vor allem alles zu vernichten, was eine geistige Bindung an „religio“ und „patrias“ bedeutete.

Es kam das Jahr 1945, und es waren jene, die in den KZ furchtbare Stunden, Tage, Monate und Jahre erlebt hatten, die diesem Land zu einer Renaissance, zu einer Wiedergeburt und vor allem zu einer neuen Einheit verhelfen haben. So konnte Gerhard Fritsch schreiben, daß damals dieses Land wieder zum Leben erwacht war. Und Figl sagte damals: „Nie vergessen, aber vergeben.“

Gorbach, der spätere Bundeskanzler, der eine der längsten Zeiten im Konzentrationslager verbracht hatte, wurde zum Apostel der nationalen Versöhnung aller sich in den vorhergehenden zwanzig, dreißig Jahren in Konflikt befindlichen politischen Lager. Figl und Gorbach, und ich nenne die Namen nur für viele andere, sie waren nicht nur Helden am 11. und 12. März 1938, als sie für unser Vaterland in das Konzentrationslager gingen, sie waren auch moralische Helden, als sie nach 1945 für eine neue Versöhnung und eine neue Einheit plädierten. Wir sollten uns daran ein Beispiel nehmen!

Das alles und die Geschichte, die ich erwähnte, vor allem die Leistungen unserer weltanschaulichen und politischen Vorgänger, geben uns das

Recht und machen es uns zur Pflicht, uns zu wehren, wenn – wie es im letzten Präsidentschaftswahlkampf geschah – unser Land von innen und von außen angegriffen, verläumdet und sozusagen als Weggeführt und Mitschuldiger des nationalsozialistischen Regimes klassifiziert wird.

Diese Kapelle ist ein Bekenntnis zur Gegenwart: zu Österreich als Heimat freier und selbständiger Menschen. Wir haben uns dafür zu engagieren, daß es so bleibt: eine Heimat freier und selbständiger Menschen, weil wir damit Hoffnung für jene sind, die nicht weit von hier noch keine Freiheit haben und kein Recht der Selbstbestimmung in Anspruch nehmen können. ...

Diese Kapelle ist ein Bekenntnis zur Zukunft unseres Landes – als ein Faktor der europäischen Einheit, der wachsenden europäischen Einheit. Je größer die europäische Einheit ist, um so geringer wird das Risiko neuer Konflikte und militärischer Auseinandersetzungen sein, die diesen Kontinent in den vergangenen Jahrhunderten so oft verwüstet haben.

Engagement für ein geschlossenes, einheitliches, einiges Europa ist angewandte Friedenspolitik. Oft mit guter Absicht wird das Wort Frieden fast überstrapaziert. Frieden ist eine Frage der kulturellen Entwicklung, der Überzeugung, daß wir konfliktfrei zu leben haben und daß wir Konflikte friedlich zu lösen haben. ...

Österreich als immerwährend neutrales Land betreibt als solches qualifizierte Friedenspolitik. Verpflichtet sich doch der neutrale Staat nicht nur moralisch und politisch, an einer kriegerischen Auseinandersetzung teilzunehmen – das machen viele andere Staaten auch –, sondern auch rechtlich an keinen Allianzen teilzunehmen. Alles, was die Neutralität stützt, stärkt und damit auch die Landesverteidigung, ist angewandte Friedenspolitik.

Österreich soll denen eine Zukunft geben, die noch nicht in Freiheit leben, als eine Brücke zwischen Ost und West. Die Diskussion um den Begriff Mitteleuropa, ob in Norditalien, in Jugoslawien, in Budapest oder in Prag, zeigt, daß hier eine Renaissance einer neuen Gemeinsamkeit stattfindet und gesucht wird. ...

Wenn wir dieses Bekenntnis zur Geschichte, wenn wir dieses Bekenntnis zur Gegenwart und dieses Bekenntnis zur Zukunft unseres Vaterlandes in Wort und Tat, im privaten, gesellschaftlichen und politischen Leben praktizieren, dann können auch wir eines Tages sagen, wir haben aus der Geschichte gelernt und sind dem Vermächtnis jener gerecht geworden, zu deren Gedenken wir uns heute hier zusammengefunden haben. *

Diese Gedenkstunde am Freiheits- und Mahnmal des ÖCV auf dem Sonnenstein wurde zu einer eindrucksvollen Kundgebung, an der viele teilnahmen, die selbst diese Jahrzehnte als eigenes Erleben in Erinnerung hatten und die Geschichte Österreichs nach 1945 mitgestalteten. Das Vermächtnis der Freiheitskämpfer für Österreich blieb ihnen stets im Gedächtnis, und sie gaben es weiter.

–JW–

Anrather Kreis – Totengedenken

Am Freitag, dem 14. November 1986, um 18.30 Uhr in Wien 8, Plankirche Alservorstadt, wurde die diesjährige Gedenkmesse für die NS-Opfer und später Verstorbenen der „Österreichischen Freiheitsbewegung – Gruppen Kastelic, Lederer und Scholz“ auf Veranlassung der im „Anrather Kreis“ zusammengeschlossenen Überlebenden und Hinterbliebenen gelesen.

Im Anschluß daran fand die alljährliche Gedenkfeier mit Kranzniederlegung bei der Gedenktafel des Anrather Kreises im Kreuzgang des Minoritenklosters statt. Auf dieser Tafel sind die Namen der neun im Jahr 1944 hingerichteten Freiheitskämpfer – Dr. Jakob KASTELIC, Dr. Karl LEDERER, Prof. Roman Karl SCHOLZ, Dkfm. Gerhard FISCHER-LEDENICE, Günther LOCH, Hans-Georg HEINTSCHHEL-HEINIGG, Dipl.-Ing. Alfred MIEGL, Rudolf WALLNER und Dr. Hans ZIMMERL – und der fünf in der NS-Haft verstorbenen Freiheitskämpfer – Abt. Dr. Bernhard BURGSTALLER, Oberleutnant Richard FAERBER, Adolf GUBITZER, Maria SCHLAGENHAUSER und Heinrich HÖCK – verzeichnet.

Worte des Gedenkens sprach Dr. Norbert KASTELIC, der auch der im vergangenen Jahr verstorbenen Kameraden – Hofrat Heinrich ZEDER, Oscar BOURCARD und Susanne HÜBLER – gedachte. Mit einem gemeinsamen Gebet wurde die Gedenkfeier beendet.

–JW–

Opfergedenken in Wien

Anläßlich Allerseelen gedachte die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs der Opfer des NS-Regimes durch feierliche Kranzniederlegungen in Wien:

Freitag, 31. Oktober 1986, um 15 Uhr im Wehrraum für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes, Wien 1, Heldenplatz, Äußeres Burgtor;
– um 15.30 Uhr bei der Gedenktafel an der Wiener Feuerwehrezentrale, Wien 1, Am Hof;
– um 16 Uhr im Gedankraum des Leopold-Figl-Hofes (ehemalige Gestapo-

Zentrale) in Wien 1, Saltzorgasse 6, und anschließend daran beim Mahnmal Wien 1, Morzinplatz.

Bei diesen Gedenkkundgebungen waren Mitglieder aller Opferverbände der Arbeitsgemeinschaft zahlreich vertreten. Das Gardebattillon des Bundesheers hatte eine Ehrenwache in den Wehrraum und in den Gedankraum des Leopold-Figl-Hofs gestellt.

Samstag, 1. November 1986, um 9 Uhr Gedenkfeier im ehemaligen Hinrichtungsraum des Landesgerichts, Wien 8, Landesgerichtsstraße 11.

Der Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus, Bezirksgruppe Wien-Floridsdorf, gedachte am Freitag, dem 31. Oktober 1986, um 10 Uhr bei der Gedenktafel am Amtshaus, Wien 21, Am Spitz, der hingerichteten Offiziere Major Biedermann, Hauptmann Huft und Oberleutnant Raschke. Die Kranzschiefe enthielt die Worte: „Kurz vor der Befreiung von der SS ermordet – niemals vergessen!“

„Besonderes Gedenken“

20. Todestag Hans Otto FROMM

Hans Otto Fromm, geb. 18. 6. 1905, † 20. 10. 1966

Hans Otto Fromm war seit 1. 5. 1948 Mitglied der ÖVP-Kameradschaft, Landesverband Wien.

Bereits im provisorischen Vorstand, der am 30. 7. 1948 der Vereinspolizei gemeldet wurde, übte er die Funktion des Schriftführers aus.

Bei der ersten Generalversammlung des Landesverbandes Wien am 6. 11. 1948 wurde er zum Beisitzer gewählt. Hans Otto Fromm war bis zu seinem Tod Vorstandsmitglied (Beisitzer) des Landesverbandes Wien.

Er vertrat insbesondere die Belange der gemäßregelten Beamten, war in verschiedenen einschlägigen Kommissionen tätig, hielt regelmäßige Sprechstunden innerhalb des Wiener Verbandes für diesen Personenkreis ab und erhielt für seine Verdienste am 4. 7. 1966 aus der Hand des damaligen Bundes- und Landesobmanns, LAbg. GR Hans Leinkauf, den Goldenen Ehrenring der ÖVP-Kameradschaft.

10. Todestag des Burgenländischen Landesobmanns Oberschulrat Franz PRONAI

Vor zehn Jahren, am 15. Mai 1976, verstarb im 77. Lebensjahr der verdienstvolle Landesobmann des Burgenlandes, Kam. Franz PRONAI. Pronai war als aufrechter Patriot u. a. im KZ Dachau inhaftiert.

10. Todestag von techn. Ob.-Insp. Franz SKORPIK

Im März 1976 verstarb der Landessekretär des Landesverbandes Niederösterreich, Kam. Franz SKORPIK im 70. Lebensjahr. Kam. Skorpik war Häufing des KZ Buchenwald. Er stand vom Jahr 1970 bis zu seinem Tod den Mitgliedern des Landesverbandes NO immer hilfsbereit zur Seite, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen auf Grund der Opferfürsorgegesetzgebung ging.

10. Todestag von Alt-NRABg. Josef DENGLER

Am 15. Mai 1976 verstarb, einen Tag vor seinem 82. Geburtstag, Kam. Josef DENGLER. Er war als überzeugter Patriot und christlicher Gewerkschafter und als Mitglied der Gruppe O 5 vom 15. 3. 1938 bis Jänner 1939 in Haft.

Dengler war auch Ehrenobmann des CAAB Niederösterreich, von 1945 bis 1959 gehörte er dem Nationalrat an.

10. Todestag von Frau Gisela KRÖPFEL

Am 17. Mai 1976 starb überraschend die langjährige Sekretariatsmitarbeiterin Frau Gisela KRÖPFEL. Frau Kröpfel stand der ÖVP-Kameradschaft seit dem Gründungsjahr 1948 bis zu ihrem Tod als bewährte und zuverlässige Mitarbeiterin zur Verfügung.

Landesverband Vorarlberg

Rankweil: Totengedenken

Am vergangenen Samstag waren die Mitglieder der Kameradschaft der politisch Verfolgten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs mit ihren Angehörigen zur Totenfeier in die Kirche „St. Peter“ in Rankweil eingeladen. Dabei galt es jener Landsleute zu gedenken, die in den Jahren von 1938 bis 1945 als österreichische Staatsbürger aus echter Pflichterfüllung die damalige Fremdherrschaft abgelehnt und sich dem Widerstand angeschlossen haben; diese Frauen und Männer sind damals entweder in den Konzentrationslagern oder unter dem Fallbeil auf schreckliche Weise ums Leben gekommen oder sie haben mit viel Glück die Befreiung unseres Landes erlebt und sind seither von uns gegangen. Kam. H. H. Pfarrer i. R. Alois Knecht zelebrierte die hl. Messe und hielt auch die Ansprache. Zur Kranzniederlegung spielten zwei Trompeter von der Bürgermusik Rankweil die Weise vom „Guten Kameraden“.

Landesverband Burgenland

Eisenstadt: Frau Theresia Prieler gestorben

Am 7. September 1986 ist Frau Volksschullehrerin i. R. Theresia Prieler im Alter von 90 Jahren gestorben. Sie war Inhaberin einer Amtsbescheinigung und Trägerin des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs. Ihr Mann war Oberamtmann in Schützen am Gebirge und ist dort 1945 einem Mordanschlag aus politischen Gründen zum Opfer gefallen. Die Verstorbene wurde am 10. September unter großer Anteilnahme der Bevölkerung an der Seite ihres Mannes beigesetzt. Beide sind nun im Tod wieder vereint und mögen in Frieden ruhen!

Wiesen: Frau Aloisia Habeler gestorben

Am 27. August 1986 verstarb in Wiesen Frau Aloisia Habeler im 90. Lebensjahr. Sie war das älteste Mitglied des burgenländischen Landesverbandes und Witwe des christlichen Arbeiterführers im Burgenland, LAbg. Johann Habeler. Unter großer Beteiligung der Ortsbevölkerung wurde die Verstorbene am 29. August im Familiengrab bestattet. R. i. P.

Frau Johanna Pronai in Eisenstadt gestorben

Im 77. Lebensjahr starb am 8. Oktober 1986 in Eisenstadt Frau Johanna Pronai. Sie war die Witwe des langjährigen Landesobmanns der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Oberschulrat Franz Pronai, der in der NS-Zeit im KZ Dachau viel gelitten hat und der am 15. Mai 1976 verstorben ist. An der Trauerfeier am 10. Oktober nahmen zahlreiche Freunde der Familie Pronai teil, darunter eine Abordnung der Kameradschaft der politisch Verfolgten. Den Gottesdienst in der Kalvarienbergkirche zelebrierte Prälat Wilhelm Graß, vier der sieben Enkelkinder der Verstorbenen ministrierten. Die Bauernkapelle St. Georgen geleitete den Kondukt zum Begräbnis, wo die Beisetzung an der Seite des Gatten erfolgte.

Um die teure Tote trauern die Familien ihrer drei Kinder und ihr Bruder, der Präsident der bgl. Ärztekammer Ob.-Med.-Rat Dr. Stefan Breyer.

Geistl. Rat Matthias Semeliker zum Gedenken

Am 2. November 1986 starb in Eisenstadt Geistl. Rat Matthias Semeliker im

Alter von 76 Jahren. Er hat in der NS-Zeit wegen seiner Treue zu Österreich und zu seiner kroatischen Muttersprache viel Leid ertragen müssen. Im März 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, wo er bis Mai 1945 leiden mußte.

Der Verstorbene wurde am 8. November in seiner Heimatgemeinde Wulkaprodersdorf beigesetzt. Diözesanbischof DDr. Stefan László, vier Prälaten und mehr als 50 Priester aus dem ganzen Land kamen zum Begräbnis des verstorbenen Bruders. Dechant Herzog feierte die Totenmesse, der Diözesanbischof nahm die Einsegnung vor. Hinter dem Sarg schritten die Geschwister und Verwandten, dann folgte eine unübersehbare Trauergemeinde, darunter Abordnungen aus den Wirkungskreisen von Pfarrer Semeliker und Vertreter der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. In vielen Nachrufen wurde der Heimgegangene als hochgebogener Priester und aufrechter Patriot gewürdigt. Er möge in Gottes Frieden ruhen!

Landesverband Kärnten

Carl Theodor Sweceny gestorben



W. Hofrat Dr. Carl Theodor Sweceny, seit 1980 Obmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten Kärntens, starb am 3. Oktober 1986. Wir haben ihn unter Führung unseres Landesbischofs, Dr.

Egon Kapellari, mit großer priesterlicher Assistenz am 8. 10. 1986 zur letzten Ruhestätte in Klagenfurt-Annabichl begleitet.

Vertreter der vielen Organisationen, denen er angehörte, nahmen Abschied und dankten ihm für seine Treue, seine Opferbereitschaft, seine Kameradschaft und sein unermüdliches Wirken für seine Landsleute. Dr. Sweceny wurde im Jahre 1910 in der Nähe geboren, wo sein Vater im Auslandsdienst der österreichisch-ungarischen Monarchie stand. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges übersiedelte die Familie nach Klagenfurt, und Dr. Sweceny besuchte dieselbe Volksschule und studierte anschließend Rechtswissenschaft in Graz. Nach Abschluß des Studiums trat er in den Finanzdienst ein.

Insertate haben Erfolg!

Dr. Sweceny war immer ein begeisterter Österreicher, hielt treu zur Fahne Rot-Weiß-Rot, auch in einer Zeit, wo viel Mut und Opferbereitschaft in sehr hohem Maße dazugehörte. Seine unermessliche Liebe zu Volk und Heimat gab ihm die Stärke zum Glauben an das Vaterland Österreich. Mit dieser Einstellung behaftet, wurde auch er, wie so viele andere, von den Nazis aus dem Staatsdienst entlassen. Seine Familie stand vor dem Nichts. Im Jahre 1940 wurde er zur Kriegsdienstleistung eingezogen, machte den Rußlandfeldzug mit und erlitt eine Verwundung, die ihm stets zu schaffen machte und vermutlich auch Anlaß gab zu seinem etwas plötzlichen Tod. Im Jahre 1945 wurde er rehabilitiert und in späterer Folge mit der stellvertretenden Leitung der Finanzlandesdirektion für Kärnten in Klagenfurt betraut, die er bis zu seiner Pensionierung inne hatte. Nach der Pensionierung widmete sich Dr. Sweceny mehr und mehr der Öffentlichkeitsarbeit. So war er Obmann des christlichen Pensionistenbundes, Leiter des Wohlfahrtsfonds, Mitarbeiter in der Sport- und Turnunion, in den Studentenverbindungen des CV und MKV und anderen karitativen Organisationen. Wir trauern um Dr. Sweceny, weil er uns allen ein lieber, opferbereiter und treuer Kamerad gewesen ist. Wir vermissen ihn sehr. Ihn wünschen wir Ruhe in Gottes Frieden.

Landesverband Oberösterreich

Informationsfahrt in das ehemalige KZ Dachau

Jährlich unternehmen die leitenden Beamten und die zugeteilten Angestellten des Amtes der OÖ Landesregierung, Abteilung „Opferfürsorge“, gemeinsam mit den Vertretern der Opferverbände – die als „Opferinteressenvertretung“ bei dem genannten Amt nominiert sind – eine sogenannte „Informationsfahrt“ zu jeweils einer der Gedenkstätten der Opfer des Naziregimes. Diese gemeinsamen Fahrten haben vor allem den Zweck, den Fachkräften der „Opferfürsorge“ durch persönliches Kennenlernen dieser Erinnerungsstätten das entsprechende Verständnis für die Betreuung der zahlreichen Opfer und deren Hinterbliebenen zu vermitteln.

Im Vorjahr wurde das „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ in Wien besucht. Anhand des gebotenen Bild- und Dokumentationsmaterials und der entsprechenden Führung, war diese Fahrt für alle Teilnehmer sehr aufschlußreich.

Heuer, am 30. September 1986, ging die Fahrt in das ehemalige KZ Dachau. Teilgenommen haben daran die leitenden Herren der Abteilung, und zwar

OR Mag. Bruno Nekula und WAR Peter Sageder mit dem Fachpersonal und je einem Vertreter der Opferverbände. Von unserer Seite war LÖB.-Stellvertreter OAR Zimmerbauer dabei, der als einer der ersten im Jahre 1938 in das KZ Dachau deportiert wurde. Er gab als jahrelang Inhaftierter genaue Aufschlüsse über die unmenschliche Behandlung in diesem Lager. Anschließend wurde am Ehrenmal namens des Landeshauptmannes von OÖ Dr. Josef Ratzenböck ein Kranz niedergelegt, und die Teilnehmer an dieser Besichtigung gedachten dabei ergriffen aller dieser Opfer der gnadenlosen Zeit.

Für die Vertreter der Opferverbände war dieser Besuch im ehemaligen KZ eine traurige Erinnerung, für die Damen und Herren der Abteilung „Opferfürsorge“ wohl ein makabrer Anschauungsunterricht.

Wir, die Vertreter der Opferverbände, ganz besonders die Landesgruppe OÖ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, wollen an dieser Stelle einmal allen Beamten und Angestellten des Amtes der OÖ Landesregierung für ihr stets bewiesenes Verständnis und ihre Hilfsbereitschaft aufrichtig danken, und wir wollen, wie bisher, die gute Zusammenarbeit und kameradschaftliche Einmütigkeit aufrechterhalten.

K. S.

Landesverband Salzburg

Herbstfahrt 1986

Das Reiseziel unserer Herbstfahrt vom 8. bis 9. September 1986 war die Wachau. Aus Kostengründen benutzten wir die Bundesbahn von Salzburg bis Melk. Von dort ging unsere Reise weiter mit dem Schiff donauabwärts über Dürnstein nach Krems, wo wir übernachteten.

Am nächsten Tag, dem 9. September, besuchten wir gemeinsam mit der Witwe unseres verstorbenen Bundesobmannes Regierungsrat Franz PERNAUER dessen Grabstätte im Kremser Stadtfriedhof.

Die Rückfahrt erfolgte wiederum mit der Bahn über St. Pölten nach Salzburg. Die Reise fand großen Anklang, und alle Mitglieder freuen sich schon auf unser nächstes Zusammentreffen bei einer Kameradschaftsfahrt.

Hermann PROCHINGER
Landesobmann

Landesverband Tirol

Festlicher Empfang der Arbeitsgemeinschaft zum Nationalfeiertag

Wie seit vielen Jahren veranstaltete die „Arbeitsgemeinschaft vierlandstreuer Verbände Tirols“, der auch die

ÖVP-Kameradschaft politisch Verfolgter, Landesverband Tirol angehört, am Vorabend zum österreichischen Nationalfeiertag einen festlichen Empfang unter dem Ehrenschild von Landeshauptmann ORt WALLNÖFER. Namens der Organisationen konnte Heinz MAYER zahlreiche Gäste, darunter hohe Vertreter der Exekutive, des konsularischen Korps, der Geistlichkeit, der Behörden und öffentlichen Körperschaften begrüßen. Der durch zahlreiche Publikationen zum Themenkreis Auschwitz und andere Konzentrationslager bekannte Zeitzeuge Hermann LANGBEIN kam in seinem eindrucksvollen Referat auch auf die heutigen unliebsamen Vorfälle und auf das erschreckende Wiedererwachen des Antisemitismus in Österreich zu sprechen. In diesem Zusammenhang zeigte er die Entwicklung der NSDAP und das Verhalten von Österreichern in der Zeit von 1938 bis 1945 kritisch auf. Er verwies besonders darauf hin, daß den Nationalsozialisten die Durchführung ihrer Terrormaßnahmen und besonders die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung nur möglich war, weil ein Teil der Bevölkerung teilnahmslos und untätig den Unthaten gegenüberstand. Wenige stellten sich der Diktatur entgegen und riskierten ihr Leben!

Landesverband Wien

Kameradschaftsfahrt

Die herbstliche Kameradschaftsfahrt des Landesverbandes Wien wurde am Donnerstag, dem 16. Oktober 1986, per Omnibus nach Niederösterreich in die Wachau und in das südliche Waldviertel durchgeführt. Die erste Etappe führte zum Kremser Stadtfriedhof, um am Grab des verstorbenen Bundes- und Landesobmannes Reg.-Rat Franz PERNAUER einen Kranz niederzulegen. Frau PERNAUER erwartete unsere Reisegruppe. Gedenkworte am Grabe sprach Kam. Franz FORSTER. Das nächste Etappenziel war Schloß Attersee am Ostrohang. Bei einer Führung durch das Schloßmuseum wurden Bilder und Gegenstände aus der Familie des Thronfolgers Erzog Franz Ferdinand und der Herzogin von Hohenberg gezeigt und erklärt. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Ausstellung über das Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914, das den Ersten Weltkrieg auslöste. In der Gruft mit den Sarkophagen von Franz Ferdinand und Sophie wurde ein Kranz niedergelegt. Deren Söhne Maximilian und Ernst von Hohenberg waren bekanntlich die ersten politischen Häftlinge aus Österreich seit 26. März 1938 im Konzentrationslager Dachau und mußten besondere Demütigungen ertragen.



Im Anschluß daran wurde die nahegelegene Basilika Maria Taferl besucht. In Maria Taferl wurde auch die Mittagspause gehalten und eine ausgiebige Stärkung eingenommen. Dann ging es weiter über Pörsenbrunn ins Yspertal und über Laibach nach Pöggstall. Dort wurde wieder kurz gehalten und das Schloß Roggendorf mit seinen Wehranlagen besichtigt. Durch das Wehrental mit seinen romantischen Burgen ging es wieder zurück ins Donautal. Das nächste Etappenziel war der Wallfahrtsort Maria Laach am Südrand des Jauerlings. Die Basilika in spätgotischer Bauart und insbesondere der Flügelaltar mit Schnitzereien und Ta-

felfereien wurden besichtigt und bewundert. Diese Kunstwerke abseits der Hauptverkehrswege sollten mehr publik und besucht werden.

Zum Abschluß der Fahrt wurde beim Heurigenwirt RIESENHUBER in Oberloiben eingekehrt und eine Brettljause zu naturbelassenen Getränken konsumiert. Die Rückfahrt nach Wien wurde durch einen Verkehrsunfall anderer Fahrzeuge auf der S 3 etwas verzögert, eine Beeinträchtigung in der gehobenen Stimmung der Reisegruppe trat aber dadurch nicht ein. Möglichst bald wieder wollten die Teilnehmer gemeinsam eine solche erlebnisreiche Fahrt mitmachen!

Buchankündigung



„Kampf um Österreich“ „Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1934–1938“

Autor: Prof. Ludwig REICHHOLD; Herausgeber: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW); Österreichischer Bundesverlag, Wien; 424 Seiten, 32 Seiten Bilder, Ladenpreis S 408,-.

Der Autor Prof. REICHHOLD war von 1934 bis 1938 als Chefredakteur der „Österreichischen Arbeiterzeitung“, dem Zentralorgan der christlichen Arbeiterbewegung, ein hautnaher Beobachter des Ständestaates, hatte von 1938 bis 1945 Kontakt mit dem Widerstand gegen Hitlers Machtpolitik und betätigte sich ab 1945 in zahlreichen zeitgeschichtlichen Büchern als Chronist des Wiederaufbaus Österreichs. Als Quellenmaterial verwertete der Autor erhalten gebliebene Unterlagen des Geheimen Informationsdienstes der VF 1933–1934. Inzwischen schon teilweise veröffentlichte Ministerratsprotokolle 1932–1938, wesentliche di-

plomatische Dokumente, viele gedruckte Quellen, zahlreiche Zeitschriften aus den Jahren 1932 bis 1938 und nahm auch Befragungen von Politikern und Wissenschaftlern als noch lebende Zeugen der Zeit vor.

Die Jahre 1933 bis 1938 in Österreich – die Zeit ab der sogenannten „Selbstausschaltung“ des Parlaments am 4. März 1933, die Gründung und Entwicklung der VF als faktive einzige Träger der politischen Willensbildung, das Verbot bzw. die Auflösung aller politischen Parteien und das autoritäre Regime im Ständestaat – sind sehr umstrittene und wenig aufgeklärte Themen der österreichischen Zeitgeschichte.

Diese Periode wird vom christlich-konservativen Lager als Aufbruch zu einem neuen österreichischen Vaterlandsbewußtsein und zur Nationswerdung gerühmt, besonders aber als Abwehrkampf gegen den von Deutschland her unterstützten Nationalsozialismus bezeichnet, zum versuchten Ausbau einer lebensfähigen ständischen Demokratie führend. Das sozialistische Lager hingegen sieht darin eine Reihe von schweren Verfassungsbrüchen der Christlichsozialen, die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Unterdrückung der

Arbeiterbewegung und die Errichtung einer Diktatur des „Austro- oder Klerikofaschismus“, auch „grüner Faschismus“, „Konkurrenzfaschismus“ oder „Parallelfaschismus“ benannt.

Dieses Buch bringt eine reichhaltige Gesamtdarstellung der innen- und außenpolitischen Bedingungen für Österreich in jenen Jahren. Die massive Anschlußdrohung Hitlers, der Ausfall der Schutzmacht Italien und das Versagen der anderen europäischen Großmächte lassen die Abwehrmaßnahmen des österreichischen Regimes ziemlich chancenlos werden, verzögern aber doch merklich die längst beschlossene Annexion Österreichs durch NS-Deutschland und den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

In der Einleitung des Buches schreibt Exkanzler Dr. Fritz BOCK, einst Amtswalter der VF-Bundesleitung, dafür im KZ Dachau und jetzt Vizepräsident des DÖW: „Einen der wichtigsten Beiträge wird der Leser dort finden, wo vom autoritären Regierungssystem und dem Versuch einer ständestaatlichen Ordnung die Rede ist. Die parteipolitische Diskussion gebraucht in diesem Zusammenhang wiederholt das Wort vom „Austrofascismus“ – ein Begriff, der abzulehnen ist. Es gab keinen „Austrofascismus“! Das ständestaatliche System war der Versuch einer eigenen österreichischen Staatsform, die dazu dienen sollte, dem Ansturm von außen standzuhalten!“

Prof. REICHHOLD nimmt auch eine ausführliche Standortbestimmung des wohlweislich unter Anführung gesetzter „Austrofascismus“ vor und kann dabei auf diesbezügliche Kritiken anerkannter Historiker verweisen. Nur Teile der Heimwehren, ein genuin faschistisches Element der „vaterländischen“ Sammlung, waren bis zur endgültigen Ausbohrung Starhembergs im Mai 1936, insbesondere während der Übergangsphase 1933/34, ein treibendes, aber keineswegs dominierendes Element. Dem Ständestaat können daher nur in der Anfangszeit solche faschistische Tendenzen angelastet werden.

Besonders beachtenswert und aufschlußreich ist das Kapitel „Der Ständestaat als Konkurrenzfaschismus“ (Seite 383 ff.), in dem der Autor die Schlußfolgerungen des Historikers Everhard HOLTSMANN, in dessen Werk „Zwischen Unterdrückung und Befriedung“, Wien 1978, aus der Untersuchung der Beziehungen zwischen der sozialistischen Arbeiterbewegung und dem autoritären Regime in Österreich zitiert und mit Ludwig JEDLUCKA ziemlich übereinstimmend feststellt:

„Als Grundelemente faschistischer wie totalitärer Herrschaftsgestaltung wer-

den gemeinhin angegeben: die Transformation des Rechtsstaates in einen Polizeistaat, das Vorhandensein einer einheitlichen, allgemein verbindlichen und ausnahmslose Loyalität erzwingenden Ideologie, eine Einheitspartei mit politischem Aktions- und Organisationsmonopol, die neben anderen gesonderten Terrormitteln als Instrument der Kontrolle von Staatsapparat und Gesellschaft dient; der Terror als dauernde Drohung nicht kalkulierbarer Anwendung physischer Gewalt; die Technik der permanenten 'Revolution', die unter Einsatz moderner Propagandamittel vorhandene revolutionäre Unruhe ebenso schürt wie kanalisiert, indem sie diese in immer neue Bereiche lenkt sowie die Gleichschaltung der Repräsentation sozialer Interessen ...

Die augenfälligen Unterschiede erscheinen jedoch gewichtiger. Die Selbstregulierung weiter gesellschaftlicher Bereiche wurde im Kern nicht angetastet. Freiräume existierten auch in der privaten Sphäre. Offiziell tolerierte das Regime sogar eine abweichende politische Gesinnung. Die kleinteilige Färbung des Programms der „Erneuerung“ Österreichs förderte zwar Tendenzen geistiger Bevormundung und Indoktrination, festigte aber zugleich soziale und kulturelle Bindungen, zum Beispiel im Bereich der Familie und Religion, und setzte somit Grenzen der staatsrechtlichen Erfassung der einzelnen.

Vor allem fehlte das gespenstige Unterfangen einer rassistisch oder politisch motivierten Aussonderung, Entrechtung und Verfolgung für minderwertig erklärter Gesellschaftsmitglieder, wie es in der kollektiven „Vernichtungsplanung“ des Nazisystems seinen Ausdruck fand ... Des weiteren fiel die Fähigkeit der Monopolpartei des Ständestaates, ihre Mitglieder in einem Zustand revolutionärer Gärung und permanenten Aktionsdrangs zu halten und die Loyalität der Massen gegenüber dem herrschenden Regime immer wieder sicherzustellen, im Vergleich etwa zur NSDAP kraß ab. Doffuß-Österreich war nur der Intention und formalen Organisation nach ein Einparteienstaat, die „vaterländische Front“ lediglich zahlenmäßig ein

Massenfaktor; ihre mobilisierende Kraft und propagandistische Ausstrahlung erschöpfte sich in Aufmärschen und Appellen. Hier trat die hemmende Wirkung separat fortbestehender, zum Teil scharf gegensätzlicher politischer Kräfte innerhalb des „vaterländischen“ Blocks deutlich zutage. Der Koalitionscharakter des Regimes wurde zu keiner Zeit wirklich überwunden ...

Mit diesem Buch „Kampf um Österreich“ liegt somit eine wertvolle wissenschaftliche Dokumentation für die Jahre 1933 bis 1938 über den Ständestaat und die vaterländische Front auf. Der Leserkreis umfaßt die zeitgeschichtlich interessierten, Historiker, Studenten und Faschismusforscher und kann mit vielen neuen Quellen bereichern.

-Dr. Josef Windisch-

Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des „FREIHEITSKÄMPFERS“ gratulieren herzlichst!

Landesverband Wien:

- 65 Jahre: Dr. Stickler Otto (13. 11.)
Miel Robert (14. 1.)
Dr. Horvath Paul (22. 1.)
70 Jahre: OSTR Prof. Leitner Hedwig (4. 11.)
80 Jahre: Wegensteiner Leopold (16. 12.)
90 Jahre: Kuderna Franz (26. 11.)

Landesverband Burgenland:

- 65 Jahre: Tihanyi Karoline (15. 1.)
75 Jahre: Zolles Franz (18. 1.)
Kovacz Gisela (29. 12.)
80 Jahre: Francis Anna (6. 11.)

Landesverband Salzburg:

- 65 Jahre: Glaser Karl (7. 9.)
85 Jahre: HR I. R. Dipl.-Ing. Schmid Eduard (1. 1.)

Landesverband Niederösterreich:

- 60 Jahre: Bürgermeister VS-Dr. Cikanek Franz (14. 1.)
75 Jahre: Konsistorialrat Dachant Basti Gustav (1. 2.)
Hapta Friederike (24. 12.)
Wilmetzer Elfriede (6. 1.)

UNSERE TOTEN

Landesverband Burgenland:

- Am 27. 8. 1986 starb in Wiesen Frau Aloisia HABELER im 90. Lebensjahr.
Am 7. 9. 1986 verstarb Frau VS-ObL. I. R. Theresia PRIELER im 90. Lebensjahr.
Am 8. 10. 1986 verstarb in Eisenstadt Frau Johanna PRONAI, Witwe des langjährigen Landesobmannes OSR Franz Pronai, im 77. Lebensjahr.
Am 2. 11. 1986 starb in Eisenstadt Geistl. Rat MATTHIAS SEMELIKER im Alter von 76 Jahren.

Landesverband Kärnten:

- Am 3. 10. 1986 starb in Klagenfurt Landesobmann w. Hofrat Dr. Carl Theodor SWECENY im 76. Lebensjahr.
Im August 1986 verstarb Kam. Anton SCHÖFFMANN, Schuldirektor I. R. aus Moosburg.

Landesverband Oberösterreich:

- Am 6. Juli 1986 verstarb in Steyr Josef MOSER, Chefredakteur i. R. im 83. Lebensjahr.
Am 12. Oktober 1986 verstarb in Reichenau im Mhlv. Franz WEIS, VDr. I. R. im 77. Lebensjahr.
Am 14. Oktober 1986 verstarb in Rohrbach, OÖ., Josef Öller im 80. Lebensjahr.

Landesverband Vorarlberg:

- Im Oktober 1986 verstarb Kam. Alfons THOMA, ÖBB-Beamter I. R., aus Bludenz im Alter von 84 Jahren.

R. I. P.

An dieser Ausgabe (FK Nr. 4/Dez. 1986) haben mitgewirkt:

Franz HAUF, Camillo HEGER, Ing. Josef JARITZ, Dr. Josef KECKEIS, Hermann PRODINGER, OReg.-Rat Eduard PUMPERNIK, OSR Anton SATTLER, Hanna TELTSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH.

Impressum und Offenlegung

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. **Redaktion:** ORat I. R. Mag. Dr. Josef WINDISCH. **Verlags- und Erscheinungsort:** Wien. **Sitz des Medieninhabers, des Herausgebers, der Redaktion und der Verwaltung:** Laudongasse 16, 1080 Wien, Tel. 43 11 44. **Hersteller:** Typographische Anstalt Ges. m. b. H., Muthgasse 56, 1190 Wien.